

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Laschet. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

2 Zweites Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (2. Schulrechtsänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1572

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für
Schule und Weiterbildung
Drucksachen 14/2112 und 14/2149

zweite Lesung

Ich weise hin auf die **Änderungsanträge** der Fraktion der SPD **Drucksachen 14/2157** und **14/2158**.

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Recker für die Fraktion der CDU das Wort.

Bernhard Recker (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf nahtlos von Tagesordnungspunkt 1 zu diesem übergehen.

Herr Minister Laschet, ich habe mich schon 1974 beim Endspiel zu Deutschland bekannt und eine kleine Fahne geschwungen. Ich war damals stolz darauf, dass wir diesen Sieg errungen haben.

Ich durfte gestern in Berlin bei diesem rauschenden Fußballfest dabei sein und habe in den letzten Tagen in Berlin erlebt, dass Menschen um das Brandenburger Tor heiter, fröhlich, entspannt ein Fest feiern, sich aber dennoch zu ihren Nationen mit den verschiedenen Symbolen bekennen.

Ich würde gerne den Vertreter der GEW bitten, da einmal hinzugehen. Wer so etwas in die Diskussion bringt wie dieser GEW-Vertreter, ist ganz weit weg von den Menschen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Gestern war, sportlich gesehen, ein ganz hervorragender Tag. Ich glaube, dass es auch heute ein erfolgreicher Tag werden wird, denn wir werden heute eines der wichtigsten Gesetze auf den Weg bringen.

Wir alle im Plenum sind uns einig, dass das Schulsystem in Nordrhein-Westfalen dringend einer Generalüberholung bedarf. Alle nationalen, internationalen Leistungsvergleiche haben mehr als deutlich gemacht, dass unser Schulsystem nur unterdurchschnittliche Leistungen hervorgebracht hat.

Und wir haben ein anderes, gravierendes Problem: In kaum einem anderen Bundesland hängt der Bildungserfolg eines Kindes so stark von seiner sozialen Herkunft ab wie in unserem Lande. Meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft darf aber nicht getrennt werden in Gebildete, Ungebildete, Ausgeschlossene und Dazugehörige.

Wir wollen mit der neuen Bildungspolitik, mit dem neuen Schulgesetz endlich für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen und auch den Anschluss an die Spitze der Bildungsnation finden.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: So geht das aber nicht!)

Dieses heute zu verabschiedende Gesetz macht deutlich: Bildung hat für die CDU und die FDP Priorität. Sie ist ein Kernelement der Politik der neuen schwarz-gelben Koalition.

Ich bin froh und stolz darauf, diesen Gesetzentwurf heute zur Verabschiedung bringen zu können. Dazu bedurfte es gewaltiger Kraftanstrengungen. Ich möchte allen den Dank der CDU-Fraktion aussprechen, die dieses Werk vorbereitet und zur heutigen Reife gebracht haben, Frau Ministerin.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir machen diese Reform nicht der Reform willen: Wenn 39 Jahre Bildungspolitik es nicht verhindert haben, dass wir weit abgeschlagen hinter anderen Ländern rangieren, dass 25 % der jungen Menschen nicht ausbildungsfähig sind, dann wäre ein „weiter so“ unverantwortlich. Darum muss gehandelt werden. Darum müssen wir hier neue Wege gehen.

(Beifall von der FDP)

Da Ihre Methode, die Methode von Rot-Grün, nicht funktioniert hat, muss ein neuer Weg gefunden werden, ein neuer Weg, der endlich die Schulen, die eine besondere Förderung benötigen, auch unterstützt.

Ich sage es auch vor dem Hintergrund der Diskussion der letzten Wochen: Wer angesichts der desaströsen Ergebnisse von Pisa so tut, als könne man eine Bildungsreform auf Begriffe wie Selektion, Ungerechtigkeit, Wahl der Schulleiter oder

Einzugsbezirke beschränken, hat nicht begriffen, dass es um einen Bewusstseinswandel in der Bildungspolitik geht.

Wir als Koalitionsfraktionen wollen, dass Leistung und Leistungsbereitschaft wieder zu einem Markenzeichen werden. Denn Leistung und Erziehung – das müssen wir in die Köpfe bringen – sind etwas Gutes. Unter Rot-Grün, meine Damen und Herren, waren diese Begriffe viele Jahrzehnte lang leider tabu.

Weil jedes Kind anders ist, wollen wir den Kindern gerechtere Bildungschancen geben. Wir werden ein gerechtes, differenziertes und auf Leistung ausgerichtetes Schulsystem schaffen. Dabei wollen wir alle Schülerinnen und Schüler zu dem für sie höchstmöglichen Abschluss führen. Allerdings steht auch fest: Nicht jeder wird das Abitur schaffen. Daher ist es ein weiteres großes Ziel des neuen Schulgesetzes, nicht nur Studierfähigkeit, sondern durch das Vermitteln von Grundfertigkeiten endlich vor allem auch Ausbildungsfähigkeit zu ermöglichen, meine Damen und Herren.

Es ist ein Skandal, wenn große Teile der jungen Menschen nicht ausbildungsfähig sind und damit für Jahre in die Perspektivlosigkeit entlassen werden. Genau das wollen wir mit dem Gesetz ändern. Ich nenne als Beispiel nur, dass wir endlich die Hauptschule stärken und dieser Schule eine Perspektive geben, meine Damen und Herren.

Unsere Antwort auf die Herausforderung von heute und morgen ist die Optimierung und Modernisierung unseres Schulsystems. Ich will das an zwei Beispielen erläutern.

Alle Schulen werden zukünftig selbstständig und eigenverantwortlich arbeiten dürfen. Sie werden ihr eigenes pädagogisches Profil entwickeln können und so gezielt auf die Lernbedürfnisse ihrer Schüler vor Ort reagieren können. Damit können die Schulen endlich besser auf die einzelnen Schüler eingehen und sie intensiver fördern. Sitzenbleiben ist auf diesem Weg eher vermeidbar. Und das ist eines unserer wesentlichen Ziele.

Im Zusammenhang mit der Schulprofilbildung ist die Aufhebung der Schulbezirksgrenzen übrigens ein wichtiges Element – aus der Sicht der Schule und aus Sicht der Eltern. Denn das ist auch Voraussetzung für die von uns allen gewünschte größere Individualisierung des Lernens.

Und übrigens tragen wir durch eine entsprechende Regelung im Schulgesetz Sorge dafür, dass durch die Aufhebung der Schulbezirke bei den Berufskollegs keine Berufsschulstandorte gefährdet werden.

Mein zweiter wichtiger Punkt ist beispielhaft die Stärkung der Grundschule und des Vorschulbereiches. Wir alle sind uns einig – ich möchte hier ein Bild nehmen, meine Damen und Herren –: Beim Auftreten starker Zahnschmerzen ziehen wir nicht gleich mehrere Zähne, sondern versuchen, das Übel an der Wurzel zu packen. Und genau das wollen wir hier.

(Beifall von der FDP)

Denn als Basis jeden Lernens ist eine optimale pädagogische Arbeit an den Grundschulen absolut notwendig. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist daher elementare Voraussetzung für das Lernen überhaupt. Darum, meine Damen und Herren, wird künftig zwei Jahre vor der Einschulung ein notwendiger Sprachtest eingeführt und bei Bedarf eine vorschulische Sprachförderung verpflichtend sein. Es wird also keine Einschulung mehr ohne ausreichende Sprachkenntnisse geben, damit endlich Herkunft und soziales Umfeld keinen so großen Einfluss mehr auf den Lernerfolg haben.

Meine Damen und Herren, Lernstudios sichern zusätzlich das intensivere Fördern einzelner Schüler. Hinweisen möchte ich auch noch auf die größere Verbindlichkeit der Gutachten und die endlich größere Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen. Das sind ganz wichtige Voraussetzungen dafür, dass unser Schulsystem effizienter und gerechter wird.

Wir werden das, was wir mit dem Schulgesetz heute beschließen, mit seinen drei zentralen Aussagen umsetzen:

Erstens. Wir geben allen Schulen mehr Freiheit und gleichzeitig mehr Verantwortung.

Zweitens. Wir ermöglichen mehr Individualität in der Förderung.

Und drittens. Wir garantieren mehr und verlässlich guten Unterricht.

Wer an und in unseren Schulen etwas grundlegend verändern will, muss das Wohl und Wohlergehen unserer Kinder und Jugendlichen in den Vordergrund stellen. Unser aller Zukunft liegt in der Zukunft unserer Kinder. Genau darum müssen wir ihnen ein tragfähiges Fundament geben; das ist unser aller Auftrag. Das schafft kein Ministerium oder die Politik insgesamt; das schaffen wir nur, wenn wir alle – ich meine wirklich alle hier – zusammenstehen und begreifen, dass wir gemeinsam für die Zukunft unserer Kinder Verantwortung tragen.

Ich fand, dass es bei der abschließenden Beratung im Schulausschuss durchaus Schnittmengen gab, meine Damen und Herren, bei denen wir gegenseitig Änderungsanträgen zugestimmt haben. Ich fordere uns alle auf, diesen Versuch des gemeinsamen Handelns weiter zu führen.

Aber ich sage genauso: Wir sind vor der Wahl mit der Zusage angetreten, eine grundlegende und zukunftsweisende Bildungsreform auf den Weg zu bringen. Wir haben seinerzeit die Eckpunkte genau und klar definiert. Für dieses Ziel, mehr individuelle Förderung in einem begabungsgerechten Bildungssystem, sind wir gewählt worden, meine Damen und Herren, und wir setzen hier und heute das um, was wir vor der Wahl gesagt haben – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Hier geht es letztlich um Glaubwürdigkeit in der Politik und um Glaubwürdigkeit von Politik. Mit dem heute zu verabschiedenden Gesetz geben wir allen am Schulleben Beteiligten endlich die Rahmenbedingungen, die notwendig sind, um im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Wir als CDU sind stolz auf dieses Gesetz. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Recker. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD die Kollegin Schäfer das Wort.

Ute Schäfer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Recker, ich war gestern nicht in Berlin, nicht beim Fußballspiel – das habe ich mir hinterher auf der Leinwand angeschaut –, aber ich war gestern bei der Anhörung zur Ausbildungsordnung für die Grundschulen im Rahmen der Schulgesetznovellierung.

(Beifall von der SPD)

Sie waren ja nicht dabei; Sie konnten nicht dabei sein, weil Sie in Berlin waren.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das wissen wir doch jetzt!)

Das Muster, das wir bei dieser Anhörung erlebt haben, war sehr vertraut. Alle anwesenden Fachleute waren sich einig in der Ablehnung ganz zentraler Vorhaben Ihres Gesetzentwurfs.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber CDU und FDP saßen relativ gelangweilt da; Fragen hatten sie schon gar keine mehr, und die Abgeordneten der FDP sind vorzeitig gegangen.

Warum ist mir das hier und heute bei der zweiten Lesung eine Erwähnung wert? – Weil es exemplarisch für alle Anhörungen deutlich macht, wie gleichgültig Ihnen, meine Damen und Herren der CDU, die Meinung von Fachleuten aus Wissenschaft, Schule, Schulverwaltung, Lehrer- und Elternverbänden, der kommunalen Spitzenverbände und gerade der Schülerinnen und Schüler ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Man fragt sich tatsächlich in Nordrhein-Westfalen: Warum diese Änderungswut? Warum diese Beratungsresistenz bei Regierung, CDU und FDP? – Weil Sie mit aller Macht ein mittlerweile unzeitgemäßes gegliedertes Schulsystem zementieren wollen und weil Sie mit aller Macht daran festhalten, dass wir in Nordrhein-Westfalen die Kinder auch weiterhin nach der vierten Klasse auf viele verschiedene Schulformen aufteilen und ihnen keine längeren gemeinsamen Lernzeiten ermöglichen – gegen jede wissenschaftliche Erkenntnis.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Jedes Mal, wenn diese Fakten thematisiert werden, sagen Sie, Herr Ministerpräsident: Wir müssen das Land vor einer ideologischen Debatte schützen. Ich frage mich: Wer ist denn hier eigentlich der Chefideologe?

(Beifall von der SPD)

Vor wem müssen wir denn das Land und die Kinder schützen? Tatsache ist doch, dass die demographische Entwicklung und die vielen Erkenntnisse der internationalen Leistungsstudien – Vergleichsstudien – die Diskussion um eine stärkere Integration in unserem Schulsystem geradezu herausfordern.

Die SPD wird und will diese Diskussion – ich betone ausdrücklich: ohne Vorfestlegung – mit den Verbänden und den gesellschaftlichen Gruppierungen in Nordrhein-Westfalen führen, und ich biete auch Ihnen ausdrücklich einen ergebnisoffenen Dialog an.

Was machen Sie stattdessen? – Sie lassen sogar die Beratungen zum Schulgesetz zu einer Farce werden. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen, die Sie, meine Damen und Herren von der CDU – die FDP meine ich jetzt weniger –, hier mit Macht und Mehrheit ausgestattet haben, dürfen zu Recht erwarten, dass ein Parlament und eine Landesregierung ordentlich arbeiten. Aber statt Anhörungen auszuwerten und daraus Konsequenzen zu ziehen, bescheren Sie uns im Verlauf der Beratungen zum Schulgesetz das Bußgeld für Schülerinnen und Schüler ab 14 Jahren und die Diskussion um Schuluniformen. Das sind nichts anderes

als Ablenkungsmanöver von Ihrem höchst umstrittenen Schulgesetz.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Änderungswut gepaart mit Beratungsresistenz – das ist schon eine explosive Mischung. Was Sie damit den Schulen zumuten, ist ein chaotisches Regierungshandeln. Ich mache das an vier Punkten deutlich.

Das Schulgesetz tritt mitten in den Schulferien in Kraft. Die Ausbildungsordnung für die Grundschule wird morgen Abend in einer Sondersitzung des Schulausschusses behandelt – wohlgemerkt, die Anhörung war gerade erst gestern. Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Schulen mit Sekundarstufe I liegt noch nicht einmal im Entwurf vor – das ist ein Handwerkszeug für unsere Schulen –, und die Gymnasien in Nordrhein-Westfalen arbeiten im nächsten Jahr mit einer vorläufigen Stundentafel, die am zuständigen Ausschuss für Schule und Weiterbildung rechtswidrig vorbei gelaufen ist; wir hätten sie nämlich eigentlich behandeln müssen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Neben vielen handwerklichen Fehlern und den Ungereimtheiten, die wir mit unserem Entschließungsantrag kritisieren, der heute auf dem Tisch liegt, möchte ich allerdings noch einmal sehr deutlich sagen, worin für uns der größte Widerspruch liegt.

Sie versprechen – Herr Recker hat es noch einmal betont – eine bessere individuelle Förderung und mehr Durchlässigkeit, und Sie handeln mit Ihren Maßgaben genau entgegengesetzt.

(Beifall von der SPD)

Weniger Durchlässigkeit, weniger Bildungsbeteiligung, weniger Bildungschancen – das schaffen Sie mit diesem Schulgesetz und das prognostizieren Ihnen nicht nur ich und die SPD-Fraktion, sondern viele, viele der Expertinnen und Experten in allen Anhörungen.

Bis dato war ich immer der Meinung, dass zumindest Sie, meine Damen und Herren von der CDU, selber von Ihrem Gesetzeswerk überzeugt sind. Ich las dann zu meiner Überraschung das Zitat eines Christdemokraten im „Bonner General-Anzeiger“ vom 3. Juni. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

„Vielen von uns gehen einzelne Änderungen im Schulgesetz viel zu weit, weil sie die Chancengleichheit verringern, den Druck auf die Kinder erhöhen und zu noch mehr Selektion führen.“

(Beifall von der SPD)

Man höre und staune! Dem ist aus Sicht der Opposition nichts hinzuzufügen. Sie bekommen heute aber eine Chance, Rückgrat zu zeigen.

Ich möchte auch noch Herrn Solf erwähnen. Am 20. Juni stand im „Rhein-Sieg-Journal“ – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„Der CDU-Landtagsabgeordnete Michael Solf hat sich im Rahmen einer Diskussion mit Lehrern und Eltern im Troisdorfer Heinrich-Böll-Gymnasium deutlich gegen die Aufhebung der Schulbezirke ausgesprochen.“

(Beifall von der CDU)

Stimmen Sie, zumindest Herr Solf, unserem Änderungsantrag zur Beibehaltung der Schulbezirke für öffentliche Grundschulen und Berufsschulen zu. Beweisen Sie den Mut, wenn es Ihnen wirklich um das Wohl der Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen geht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäfer. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Beer das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie geht es Ihnen heute früh? Ich meine vor allem die, die gestern an der Anhörung zur Ausbildungsordnung für die Grundschule teilgenommen haben, eine zentrale Ausbildungsordnung, die Sie mal eben so in Folge Ihrer unglückseligen Schulgesetznovelle auch noch in dieser Woche durchpauken wollen.

Zum x-ten Mal mussten Sie sich harsche und einhellige Kritik von den Experten und Expertinnen anhören, die wie wir alle Zielsetzungen wie individuelle Förderung und Chancengleichheit in der Schulpolitik ausdrücklich unterstützen wollen, die aber genauso eindeutig dazu Stellung nehmen, dass die Schulgesetznovelle in den konkreten Maßnahmen genau diesen Zielen entgegensteht.

Sie lassen jedoch die eindringlichen Voten und Expertisen aus den Anhörungen an sich abtropfen. Es scheint Ihnen egal oder nicht klar zu sein, dass Sie das richtige Ziel der individuellen Förderung in den Schulen ungläubwürdig werden lassen. Es ist Ihnen gleichgültig, welche Enttäuschungen Sie aufseiten der Schülerinnen und Eltern hervorrufen, weil sie keinen umsetzbaren Rechtsanspruch auf individuelle Förderung ha-

ben, welchen Frust Sie gerade bei den Lehrkräften produzieren, die sich mit den Zielen der individuellen Förderung und Chancengleichheit identifizieren. Sie favorisieren weiterhin die Homogenisierung von Lerngruppen, Hauptsache, Sie setzen Ihren schwarz-gelben Dickkopf durch wie das trotziges Kleinkind, das mit dem Fuß auf den Boden stampft und ruft: Ich will das aber so!

Seit Regierungsantritt ziehen Sie auf Kosten der Schulen Ihre verquerten und fachlich unausgegorenen Konzepte durch. Mit dem Wegputzen des integrierten naturwissenschaftlichen Unterrichts hat es begonnen. Die Brückierung der kommunalen Spitzenverbände – notwendige Partner in einer zukunftsgerichteten Verantwortungspartnerschaft für eine umfassende Bildung – gehört bei Ihnen inzwischen zum Alltagsgeschäft.

Es ist eine Zumutung, unmittelbar vor Beginn der Sommerferien ein Gesetz beschließen zu wollen, das in den Ferien in Kraft treten soll und seit Einbringung im März im Beratungsgalopp ohne ausreichende handwerkliche und fachliche Sorgfalt durchgepeitscht wurde.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ausführungsvorschriften und weitere Ausbildungsordnungen bleiben im Dunkeln.

Die Anhörungen, die seit Januar 2006 reichlich Stoff für die notwendige fachliche Debatte geliefert haben, haben Sie ohne innere Beteiligung abgesessen, und manche von Ihnen noch nicht einmal das. Ich nenne es eine Unverfrorenheit, wie Sie Eltern, Schüler, Schülerinnen, Schulleitungen und Kommunen in die Falle rechtlicher Unsicherheiten laufen lassen, wie sie es billigend in Kauf nehmen, dass mit dem neuen Schuljahr die Gerichte über die Aufnahme von Kindern an Grundschulen das letzte Wort haben werden und Schulleiterwahlen auf rechtlich ungesichertem Terrain stattfinden.

Sie haben versagt bei der Regelung der Lernmittelfreiheit für die Familien von Arbeitslosengeld-II-Beziehern.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das Aushebeln des Elternrechts bei der Schuwahl im Übergang zur Sekundarstufe trägt jetzt den schwarz-gelben Stempel. Und Sie diskreditieren ungeniert den Begriff der Freiheit mit der zwangsweisen Auflösung der Grundschulbezirke, die Sie zu einem Hebel für die Verstärkung der sozialen Spaltung in den Städten und der Beschleunigung der sozialen Fliehkräfte in der Gesellschaft werden lassen.

Freiheit schwarz-gelb buchstabiert: Die neue Freiheit in NRW ist die Freiheit derjenigen, die sie sich leisten können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Bildung für die, die sie sich leisten können, heißt das neue Motto. Es ist in diesem Zusammenhang ein Skandal, dass die Weiterbildung im nächsten Jahr mit weiteren 18 Millionen € zur Ader gelassen werden soll.

Sie verstärken Bildungsarmut und Bildungsbenachteiligung. Sie verabschieden sich nicht von der Vorstellung einer längst überholten Begabungstheorie und ständischen Vorstellung begabungsgerechter Bildungsgänge niederer und höherer Bildung.

Sie verharren bei einer Vorstellung von Arbeits- und Aufgabenteilung in der Gesellschaft, die so nicht mehr funktioniert. Sie basteln lieber weiter an dem Bild der Kinder, die nicht ans Gymnasium gehören und die sie deshalb vor dem Gymnasium bewahren wollen. Sie müssen nicht die Kinder ändern und wegschieben, sondern die Schul- und Förderkultur ändern

(Beifall von den GRÜNEN)

und mit der viel zu frühen Sortiererei Schluss machen, die die soziale Auslese verstärkt und Leistungspotentiale verschenkt.

(Ralf Witzel [FDP]: Schaffen Sie doch die Grundschulbezirke ab!)

Ich zitiere Klaus-Jürgen Tillmann an dieser Stelle, der auf der bundesweiten Fachtagung des VBE Tacheles geredet hat:

„Die Homogenisierung nach unten, die Zusammenfassung von lernschwachen und sozial belasteten Kindern und Jugendlichen in eigenen Lerngruppen hat massiv negative Effekte beim fachlichen wie beim sozialen Lernen.“

Sie können mir doch nicht ernsthaft weismachen, dass Sie die Ergebnisse der Pisa-Studie nicht kennen, die besagen, dass in allen Schulformen erhebliche Überschneidungen der kognitiven Leistungsfähigkeit der Schüler und Schülerinnen vorliegen, die das Sortieren von Kindern im Alter von zukünftig acht bis neun Jahren ad absurdum führen. Nein, Sie betätigen sich vielmehr ungeniert als die Platzanweiser für Teilhabe und Zukunftschancen in dieser Gesellschaft, und das ist entlarvend.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie begründen hier im Plenum am 5. April 2006 die Funktion der Hauptschule damit, dass die Profilierung der Hauptschule in der Integration ausländischer Schüler und Schülerinnen liege. Da gehören sie offensichtlich nach Ihrem Verständnis hin.

Schwarz-gelb sprengt die Sekundarstufe I, schottert das Gymnasium durch eine einseitige Schulzeitverkürzung ab und verabschiedet sich damit von der Durchlässigkeit in der Sekundarstufe I. Gleichzeitig wird der Druck im Gymnasium und damit das Risiko des Scheiterns für Kinder aus bildungsfernen Familien erhöht.

Das erste Jahr Schwarz-Gelb ist ein Jahr der verpassten Chancen, die notwendigen Schritte weiterzugehen, um auf Anforderungen der Wissensgesellschaft im 21. Jahrhundert durch innere und äußere Schulreformen zielführend zu reagieren, damit Bildungsarmut und Benachteiligung abgebaut werden.

Liebe Kolleginnen von CDU und FDP, Sie werden auf Dauer der vordringlichen Aufgabe des chancengleichen produktiven Umgangs mit Verschiedenheit und der Notwendigkeit des längeren gemeinsamen Lernens nicht entkommen können; dies hat die SPD offensichtlich schon gelernt, falls ich die ehemalige Schulministerin gerade richtig verstanden habe.

Zum Schluss hätte ich noch einen Tipp jenseits der rückwärtsgewandten Bildungsvorstellungen, von denen gerade der Ministerpräsident offensichtlich nicht lassen kann. Da Sie Ihrer Parteivorsitzenden, Herr Dr. Rüttgers, doch so gerne in die Parade fahren und das kalkulierte Abweichlertum pflegen,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

frage ich mich, wo Ihr Engagement in der Föderalismusreform zur Sicherung der Bundesmittel für schulische Bildung zum Beispiel für die Weiterentwicklung und den Ausbau des Ganztags bleibt. Einer solchen Initiative könnten wir von Herzen zustimmen, Ihrem Schulgesetz leider nicht.

Ich verweise schon mal auf unseren Entschließungsantrag, der Ihnen zeigt, wie es wirklich gehen muss.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der FDP die Kollegin Pieper-von Heiden das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Bildung hat die alte Landesregierung seit Pisa 1 nicht mehr als eine Diskussion über Systeme vorzuweisen. In der Sache – nämlich in der so dringend notwendigen Verbesserung unserer Bildungsergebnisse – sind Sie dabei keinen Schritt vorangekommen. Sie haben es versäumt, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, auch nur ansatzweise in den Fokus zu nehmen, welche inhaltlichen Reformen und zusätzlichen Ressourcen den Schulen zur Verfügung stehen müssen. Sie glauben ja heute noch, ein integriertes System heile alle Unzulänglichkeiten und Probleme. Aber ein integriertes Schulsystem bringt keinerlei Vorteil in der Sache; das haben unsere Gesamtschulen gezeigt.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist doch Quatsch!)

Die neue Landesregierung von CDU und FDP bringt nun präzise ein Jahr nach Ablösung der alten rot-grünen Landesregierung ein neues Schulgesetz auf den Weg, das sich mit Fug und Recht das modernste und innovativste Regelwerk Deutschlands nennen darf und die Weichen

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das glauben Sie offensichtlich auch noch!)

für eine zukunftsweisende Bildung und individuelle Förderung unserer Kinder stellt.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Unser Bildungssystem

(Sören Link [SPD]: Verstärkter Beifall!)

braucht eine echte und klare Leistungsorientierung und individuelle Leistungs- und Begabungsförderung, um den optimalen Bildungserfolg aller Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen. Erstmals ist deshalb die individuelle Förderung in Nordrhein-Westfalen in einem Schulgesetz festgeschrieben. Bisher war diese zwar nicht verboten, aber unter Rot-Grün politisch auch nicht wirklich erwünscht. Ihr Zauberwort hieß über Jahrzehnte hinweg fatalerweise Nivellierung. Ein Teil der Schülerschaft sollte Ihrer Vorstellung nach von unten bis zur Mitte vordringen, die anderen wurden von oben heruntergezogen und sozusagen auf die mittlere Leistungsebene verpflichtet. Damit war letztlich niemandem gedient. Exzellente Ergebnisse blieben aus.

FDP und CDU läuten mit dem neuen Schulgesetz nun den Paradigmenwechsel ein: Kinder mit Lernschwächen, mittleren Leistungsstärken oder besonderen Begabungen werden sich künftig gleichermaßen in unseren Schulen heimisch und

in ihrer einzigartigen Persönlichkeit gewürdigt, geachtet, gefordert und gefördert fühlen.

(Beifall von der FDP)

Angehende und erfahrene Lehrer werden ihre Ausbildung und Fortbildung künftig so erleben, dass sie sich für diese ebenso anspruchsvolle wie notwendige Aufgabe gut gerüstet fühlen und den Geist des Schulgesetzes zum Wohle unserer Kinder leben und umsetzen können.

Dieses neue Schulgesetz von Schwarz-Gelb steht auf stabilen Säulen: Über die individuelle Förderung hinaus, die alle besonderen Begabungen, aber auch Schwächen berücksichtigt, wollen FDP und CDU alle Kinder fit für die Schule machen und dies durch Sprachstandserhebungen zwei Jahre vor der Einschulung und – wenn nötig – durch eine sogleich einsetzende vorschulische Sprachförderung sicherstellen. Wir schaffen damit erstmals eine tatsächliche Chancengerechtigkeit am Start dieses so wichtigen Lebensabschnittes unserer Kinder.

Wir wollen die Talente unseres Landes durch die schrittweise Vorverlegung des Einschulungsalters früh entwickeln und Defizite in Lernstudios – dies ist ein besonderes Förderkonzept – rechtzeitig ausgleichen.

Wir schaffen eine stärkere Verbindlichkeit der Grundschulgutachten zum Wohle unserer Kinder. Auch in der weiterführenden Schule beobachten wir Entwicklungsschritte unserer Schülerinnen und Schüler sorgfältig und sorgen für eine bessere Durchlässigkeit im gegliederten Schulsystem.

(Sören Link [SPD]: Wo denn?)

Wir ermöglichen ihnen bei guten Leistungen in der weiterführenden Schule einen Schulwechsel

(Sören Link [SPD]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

künftig nach jedem Schulhalbjahr bereits in der Erprobungsstufe und am Ende eines jeden weiteren Schuljahres.

(Sören Link [SPD]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Wir wollen das Sitzenbleiben weitestgehend vermeiden, stattdessen aber umso mehr den schulischen Aufstieg ermöglichen. Nur so fängt man vorhandenes Potenzial auf und kann es weiterentwickeln.

Wir verbinden unseren Qualitätsanspruch mit einer Qualitätsüberprüfung durch das Instrument zentraler Lernstandserhebungen in den Klassen 3

und 8 sowie zentraler Abschlussprüfungen am Ende der Sekundarstufe I und im Abitur.

Wir verbinden die Schulzeitverkürzung am Gymnasium mit einer Reform der dreijährigen gymnasialen Oberstufe, die endlich wieder eine vertiefte Allgemeinbildung in den Kernfächern in den Blick nimmt und die Aufteilung in Grund- und Leistungskurse aufhebt. Denn wir wollen, dass unsere Abiturienten wieder uneingeschränkt studierfähig sind.

Zum Gesamtkapitel „Mehr Bildungsqualität“ gehören übrigens auch mehr Schule im offenen Grundschulganztags und ebenso die ehrgeizige Ganztagsoffensive für unsere Haupt- und Förderschulen.

Und was wir über die gesamte Schulzeit sicherstellen wollen, ist eine Erziehung zur Werterhaltung und zum gegenseitigen Respekt im menschlichen Miteinander, zu einer teamorientierten und fairen Arbeitshaltung, wie sie im Berufsleben von unseren Jugendlichen unabdingbar eingefordert wird, aber auch zur Wertschätzung der im Schulbereich eingesetzten Ressourcen. Da kann man als Schüler nicht einfach mal tagelang blau machen und dazu noch erwarten, dass dies akzeptiert wird.

(Beifall von der FDP)

Die Begleitmusik zur Werteerziehung sind die Kopfnoten, aber auch von Fall zu Fall Sanktionen bei notorischen Schulschwänzern, möglichst in Form eines sozialen Arbeitseinsatzes. Die gesamte Gesellschaft finanziert die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen. Also darf sie auch erwarten, dass diese wertvolle Zukunftssicherung nicht mit Füßen getreten und missachtet wird.

Es ist neben verbesserten Fachleistungen der Schüler im Sinne eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses der richtige Ansatz im Schulgesetz, die Wertebildung bei der Jugend zu stärken. Dies geschieht auch mit der Aufnahme der Erziehungsziele der Landesverfassung in Art. 7.

Ich will nicht verhehlen, dass die im neuen Schulgesetz erwähnte Erfurcht vor Gott in unserer Fraktion Anlass zu Bedenken und Sorgen vor missverständlicher Auslegung gab. Es geht nach Überzeugung der FDP in diesem Artikel nicht um einen religiösen Charakter der Erziehungsziele und schon gar nicht um eine Privilegierung eines bestimmten Bekenntnisses gegenüber anderen Bekenntnissen oder Nichtbekenntnissen. Vielmehr hat der Artikel einen pluralistischen Charakter. Er betont das Toleranzgebot.

Die dort erwähnte Ehrfurcht vor Gott ist eines von mehreren gleichberechtigten Erziehungszielen, zu denen ausdrücklich auch die Achtung vor der Überzeugung des anderen sowie die Würde des Menschen gehören. Die FDP-Landtagsfraktion legt größten Wert darauf, dass die zutiefst persönliche Frage des Glaubens oder auch Nichtglaubens nicht politisiert, sondern der Entscheidung eines jeden Einzelnen überlassen bleibt.

Meine Damen und Herren, wenn wir hohe Bildungsziele und beste Bildungsergebnisse erwarten, gehört untrennbar auch die Eigenverantwortung der einzelnen Schule vor Ort dazu sowie eine größere Wertschätzung von Schulen in privater Trägerschaft. Fast alle Impulse für innovative Bildungskonzepte haben seit vielen Jahren ihren Ursprung in diesen Schulen. Unsere Schulen sollen künftig Unterricht und Schulleben unter Einhaltung von Rahmenlehrplänen weitestgehend selbstständig und eigenverantwortlich gestalten. Das Land wird sich dabei auf die Vorgabe und Überprüfung von Qualitätsstandards und Lernzielen beschränken, eine schulformbezogene Schulaufsicht, Hilfestellung und fachlichen Rat geben.

Schulen erhalten künftig die Möglichkeit, durch unterschiedlichste Kooperationen vor Ort ihr ganz eigenes Profil zu entwickeln. Damit untrennbar verbunden ist auch die individuelle Entscheidungsmöglichkeit von Eltern und Schülern für die Schule ihrer Wahl und selbstverständlich auch die freie Wahl der Grundschule.

(Beifall von FDP und CDU)

Ein gesunder Wettbewerb um die besten Konzepte wird die schulische Qualität insgesamt befördern.

Zu mehr Verantwortung und Gestaltungsspielraum vor Ort sowie zur Entwicklung größeren Innovationspotenzials gehört schließlich ebenfalls die direkte Wahl des Schulleiters durch die am engsten von Schule Betroffenen, nun auch unter direkter Mitwirkung eines Vertreters des Schulträgers. Dies schafft eine hohe Identifikation mit der Schule und eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Schulträger. Dort, wo Identifikation ist, wird Verantwortung gelebt und entwickelt sich Motivation.

Ein äußerer Beitrag zur Erhöhung der Identifikation mit der eigenen Schule kann auch eine spezielle Schulkleidung sein. Dies soll jede Schulkonferenz vor Ort für sich entscheiden.

Identifikation, Motivation und Eigenverantwortung sind die beste Voraussetzung für neue Impulse in unseren Schulen und damit für eine bessere Bil-

dingsqualität insgesamt, die wir so nötig brauchen, um international wieder an die Spitze zu gelangen. Freiheit zur Entfaltung und Wettbewerb um die besten Konzepte sind hierfür eine unerlässliche Bedingung. Das Gängelband, die kurze Leine, würgt dagegen jegliches Innovationspotenzial ab.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Genau das Gegenteil!)

Parallel zur kraftvollen Ressourcenverbesserung, wie die zahlreichen Lehrereinstellungen seit Übernahme der Regierungsverantwortung durch FDP und CDU dokumentieren, hat die neue Landesregierung mit diesem Schulgesetz nun auch inhaltlich die besten Voraussetzungen für ein erfolgreiches Gelingen von Schule geschaffen.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich wünsche unserem neuen Schulgesetz ein Leben von langer Dauer und segensreiche Auswirkungen auf die Bildungsqualität unserer Schulen

(Zurufe von der SPD: Amen!)

zum Wohle unserer Kinder und zum Wohle unseres Landes. Wir alle haben es bitter nötig.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Sommer das Wort.

(Beifall von der CDU)

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bildungspolitik gehörte vor vielen Jahren in die Schublade „Erfolge“. Lange Jahre wurden wir um unsere Universitäten, unser duales Ausbildungssystem, unsere Schulen beneidet. Die Welt kam zum Lernen zu uns. Nun gehen wir zum Lernen in die Welt. Obwohl Brain der einzige Rohstoff ist, über den Nordrhein-Westfalen massenhaft verfügt, müssen wir inzwischen lange suchen, um uns bei Rankings und internationalen Wissenswettbewerben unter „ferner liefen“ endlich wiederzufinden. Bei dem früheren Klassenprimus im Fach Schule ist inzwischen die Versetzung ernsthaft gefährdet.

Liebe Frau Beer, Sie sprechen von verpassten Chancen. Ich nehme das auf. Sie haben jahrzehntelang, verehrte Opposition, die Chance gehabt,

Nordrhein-Westfalen besser als auf Abstiegsplätzen zu platzieren. Das heißt vergebene Chancen!

(Beifall von CDU und FDP)

Wir von CDU und FDP geben uns mit Zweitklassigkeit nicht mehr zufrieden. Unsere Schüler und unsere Schulen haben endlich Besseres verdient.

(Beifall von CDU und FDP)

Was war, ist gewesen. Nordrhein-Westfalen braucht eine bessere Schule, und Nordrhein-Westfalen wird sie bekommen. Das ist die Botschaft des heutigen Tages.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden weder denen folgen, die zur alten Paukschule und zur alten Klassengesellschaft zurück wollen, noch altlinke, antiautoritäre Bildung tolerieren, die Leistung durch Spaß ersetzen wollte, die Minimalaufwand predigte und heute die Leistungsspirale nach unten zu verantworten hat, getreu dem Motto: Lieber gleich schlecht als unterschiedlich gut.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wollen eine Schule ohne Ideologie, dafür aber eine wertvolle Schule, eine Schule voller Werte mit hohem Wert für Nordrhein-Westfalen, eine Schule der Chancengleichheit und ein Klima des geistigen Aufbruchs.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich weiß, dass Mentalitätsänderungen nicht immer leicht durchführbar sind. Wir aber werden den schwierigen, arbeitsreichen, aber ungleich erfolgreicheren Weg gehen. Nicht das, was wir tun wollen, sondern das, was wir tun müssen, bestimmt fortan unsere Arbeit.

(Beifall von CDU und FDP)

In Nordrhein-Westfalen darf die soziale Herkunft keine Bedeutung für den Schulerfolg haben.

(Beifall von der CDU)

Nordrhein-Westfalen muss wieder den Anschluss an die Bildungsspitze schaffen. In Nordrhein-Westfalen muss wieder jedes Kind seine optimale, individuelle Förderung erhalten. In Nordrhein-Westfalen muss Leistung wieder zählen.

(Beifall von CDU und FDP)

In Nordrhein-Westfalen wird man neu erfahren: Wer prüft, muss auch bereit sein, sich prüfen zu lassen. Also wird bald auch die Schule in ihrer Qualität untersucht. In Nordrhein-Westfalen werden die Befugnisse und Entscheidungsspielräume

der Lehrerinnen und Lehrer ausgeweitet. In Nordrhein-Westfalen gilt: Wichtig wird richtig! Kernfächer bekommen eine größere Bedeutung. Sie sind die Basis für ständiges Weiterlernen.

(Beifall von CDU und FDP)

In Nordrhein-Westfalen nimmt man die Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler wieder in den Blick.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Vor allen Dingen durch die Abschaffung der Drittelparität!)

Sozial- und Arbeitsverhalten sind Kriterien für Lebensstüchtigkeit. Wir leiten in Nordrhein-Westfalen die schulische Wende ein, um endlich auch hier die bestmögliche Schule zu garantieren. Das, meine Damen und Herren, haben unsere Kinder verdient.

(Beifall von CDU und FDP)

Fernab von jeglichem Dogmatismus unterliegt das neue Schulgesetz den Kriterien Qualität, Chancen, Zukunft. Es wird Leistung fördern, statt sie zu hemmen, und es wird sie alle mitnehmen – was aber nur gelingen kann, wenn unsere Ideen richtig vermittelt, konsequent beachtet und überzeugend in den Alltag eingebracht werden.

(Beifall von der FDP – Sigrid Beer [GRÜNE]: Etwas Falsches kann man nicht schönreden!)

„Cool sein“ und Du-bist-Deutschland-Appelle alleine reichen nicht aus. Das geht nur mit aufrichtiger Arbeit, überzeugenden Argumenten und einer ehrlichen Botschaft.

(Zuruf von der SPD: Blablabla!)

Das heißt: fördern und fordern, und zwar gleichwertig. Nur wenn wir beides in Einklang bringen, meine Damen und Herren, wird sich die Bildungssituation in Nordrhein-Westfalen nachhaltig verbessert.

Die Schnittmenge unserer Forderungen und Ziele ist unser neues Schulgesetz, das – so können wir heute mit großem Stolz sagen – von 75 % der nordrhein-westfälischen Eltern unterstützt wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Das TNS-Emnid-Institut hat repräsentativ ausgewählte Eltern aus Nordrhein-Westfalen mit Kindern bis 15 Jahren dazu befragt. Daraus ziehen wir folgende Schlüsse:

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Wir werden Schülerinnen und Schüler verstärkt individuell fördern, um so die Zahl der Sitzblei-

ber deutlich zu verringern. Das empfehlen rund 91 % der Eltern.

(Carina Gödecke [SPD]: Das ist ja logisch!)

Ich wiederhole das, was Herr Recker eben gesagt hat: Es darf in unserer Gesellschaft keine Trennung in Gebildete und Ungebildete, in Dazugehörende und Aussortierte geben.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Sie machen es sich zu einfach!)

Unterschiedliche Begabungen bedeuten andererseits aber auch: Schülerinnen und Schüler mit besonderen Talenten müssen besonders gefördert werden. Das wollen 96 % der nordrhein-westfälischen Eltern genauso.

(Beifall von CDU und FDP)

Nirgendwo ist die Elternzustimmung für unsere Ideen größer.

(Carina Gödecke [SPD]: Das ist unseriös!)

Um den Weltanschluss zu wahren, müssen wir auch in der Weltliga spielen. Das geht nur, wenn wir das Reservoir der Spitzenleistung ausschöpfen.

Für diese Ziele brauchen wir Durchlässigkeit. Es wird in Zukunft viel leichter möglich sein, in eine andere Schulform zu wechseln.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Nach unten!)

Nur so können wir kurzfristig Spätzünder und verborgene Talente aufspüren.

(Zuruf von der SPD: Das glauben Sie doch selber nicht! – Barbara Steffens [GRÜNE]: Doch nach unten!)

Auch mit dieser Durchlässigkeit stehen wir im großen Einklang mit den Eltern unserer Kinder. 86 % fordern uns dazu auf.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden den Lehrerinnen und Lehrern bessere Diagnosemethoden an die Hand geben, Lehrerfleiß gezielter einsetzen und Geld nicht mehr gießkannenartig wie bisher versickern lassen. Das ist zugleich eine klare Absage an die Einheitschule,

(Beifall von CDU und FDP)

zumal gerade diejenigen Bundesländer, die mit der Mehrgliedrigkeit ihres Schulsystems leben, zu den Spitzenländern bei Pisa gehören.

(Beifall von der FDP)

Wir machen Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen zu unseren Kernfächern und geben ihnen einen besonderen Stellenwert. Damit erfüllen wir den Wunsch von 91 % der Eltern. Lesen, Schreiben und Rechnen sind zwar nicht alles, aber ohne dies ist alles nichts.

(Beifall von CDU und FDP)

Wer Leistung fordert, muss auch gefordert werden. Wer prüft, darf sich selbst der Kontrolle nicht entziehen. Also werden wir in Zukunft die Qualität unserer Schulen dadurch verbessern, dass wir sie analysieren. Unglaubliche 90 % der nordrhein-westfälischen Lehrer wollen das übrigens genauso.

Um das alles zu erreichen, werden die Lehrer deutlich mehr Freiheiten bekommen, dafür aber auch mehr Verantwortung übernehmen. Jede Schule entwickelt ein für sie typisches Profil. Wir sind fest davon überzeugt, dass Wettbewerb der Schlüssel zu einer besseren Schule ist.

(Beifall von CDU und FDP – Sigrid Beer [GRÜNE]: Verdrängungswettbewerb!)

Wir bekennen uns auch zum dem, was herauskommt. Um das zu bewerten, benötigen wir gleichmäßige und regelmäßige Leistungsüberprüfungen der Schüler. Wir müssen uns vergewissern, auf dem richtigen Weg zu sein.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Weil starre Grenzen den Leistungswillen erschläpfen lassen, brauchen wir den Wettbewerb. Dazu soll auch die Auflösung der Schulbezirksgrenzen dienen.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP] – Zuruf von der SPD: Warum ist Herr Solf dann dagegen?)

Mehr Eigenverantwortung stärkt auch das Vertrauen in unsere hoch qualifizierte Lehrerschaft. Je größer die Verantwortung ist, die wir auf unsere Lehrerinnen und Lehrer übertragen, desto mehr Entscheidungsfreiheit und Handlungsspielraum benötigen sie dafür.

Die Landesregierung will, dass das Urteil der Lehrer mehr zählt als bisher. Also werden den Grundschulempfehlungen mehr Gewicht als bisher verliehen.

(Ute Schäfer [SPD]: Der Elternwille wird ausgehebelt!)

Das wollen übrigens 64 % der Eltern.

Wir werden verbindliche Sprachtests zwei Jahre vor der Einschulung unserer Kinder einführen.

75 % der nordrhein-westfälischen Eltern haben wir dabei auf unserer Seite.

(Beifall von CDU und FDP)

Schließlich sind Sprechen und Verstehen die Basis für den Unterricht. Kinder mit Sprachdefiziten verlieren mit uns nicht den Anschluss, sondern bekommen qualifizierten Sprachunterricht, damit sie deutlich bessere Chancen für ihr Leben haben. Auch das ist ein ganz wesentlicher Beitrag, um die Zahl der Wiederholer in Nordrhein-Westfalen zu reduzieren.

Unsere Schule braucht wieder Werte. Also wird deren Vermittlung ein zentraler Platz in unserem Unterricht gewährt. Wir wollen Werten wieder einen Wert geben und stehen damit im Einklang mit 88 % der Eltern in Nordrhein-Westfalen. Ein so klarer Bürgerwille ist zugleich Aufforderung und Pflicht zum Handeln.

(Beifall von der CDU)

Damit einher geht auch unsere Absicht, Kopfnoten zur Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens wieder einzuführen. 78 % der Eltern in Nordrhein-Westfalen stimmen uns vehement zu. Mitmachen, Zuverlässigkeit und Durchhaltevermögen sind oft eine bessere Garantie für selbstständige Lebensbewältigung als allein die schulische Leistung in Unterrichtsfächern.

Wir werden mit den Schulen gemeinsam Ziele fixieren, die sie erreichen wollen. Alles andere überlassen wir in Zukunft den Schulen selbst. Genau das, meine Damen und Herren, ist unser Erfolgsmodell: Vertrauen in das Zutrauen unserer Kolleginnen und Kollegen und eben nicht Angst vor zu viel Freiraum, Vertrauen in die Selbstverantwortung, in die Leistungskraft, in das Engagement unserer Lehrerinnen und Lehrer. Dann nämlich wird aus Transparenz Zutrauen, aus Leistung Freude und aus Eigenverantwortung Stolz!

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie es mich wiederholen: 75 % Zustimmung haben wir bei den Eltern. Das heißt, dass auch weite Teile Ihrer Anhänger, verehrte Opposition, unsere Politik vertreten.

(Beifall von CDU und FDP)

Liebe Frau Löhrmann, Sie bezeichnen unsere Schulgesetznovelle als eines der folgenschwersten Gesetzesvorhaben im Kernfeld der Landespolitik – wenn ich Sie da zitieren darf. Frau Löhrmann, jawohl, es wird Folgen haben: zum Wohle

unserer Kinder und damit zum Wohle unseres Landes Nordrhein-Westfalen! – Ich danke Ihnen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Ich habe die Länge des Beifalls jetzt nicht gestoppt, meine Damen und Herren.

Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Hendricks, SPD-Fraktion.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Sehr geehrte Damen und Herren! Seit der Veröffentlichung der Pisa-Untersuchung hat sich in der Bildungspolitik viel getan. Auch in Nordrhein-Westfalen hat es bereits vor Ihrer Regierungsübernahme eine ganze Menge von Veränderungen gegeben – die Sie übrigens fortführen. Um hier nur einige zu nennen: Lernstandserhebungen, zentrale Prüfungen, Verkürzung der Schulzeit, veränderte Eingangsphase der Grundschule, offene Ganztagschule und Sprachförderung nicht zu vergessen.

Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, haben seit Ihrem Wahlsieg in der Bildungspolitik das Rad wahrlich nicht neu erfunden.

(Beifall von der SPD)

Dennoch wollen Sie die Menschen draußen im Land glauben machen, es sei so, dass Sie das modernste und beste Bildungssystem in Europa auf den Weg bringen. Doch die Menschen haben längst verstanden, dass das nicht stimmt. Ernid hat dazu 500 Familien befragt; das soll repräsentativ für die Menschen in Nordrhein-Westfalen sein. Ich frage mich an dieser Stelle: Wer hat diese Befragung eigentlich bezahlt?

(Beifall von Ute Schäfer [SPD])

Ein modernes Schulsystem verzichtet auf frühe und strikte Auslese. Auslese, meine Damen und Herren, ist aber der Grundgedanke Ihres Schulverständnisses – auch wenn Sie ständig das Gegenteil behaupten.

(Beifall von Ute Schäfer [SPD])

Aber, meine Damen und Herrn, an den Taten soll man Sie messen, nicht an den Worten. Wir werden ja sehen, wie das in Zukunft ablaufen wird. Zukünftig werden Schüler und Schülerinnen mit fünf Jahren eingeschult, mit achteinhalb Jahren an einer weiterführenden Schule angemeldet. Dazu wird die Grundschule ein wie auch immer zu

bewertendes Gutachten erstellen. In jedem Fall wird es verbindlicher sein, hat die Ministerin gesagt. Lobenswerterweise sind Sie, meine Damen und Herren von der Regierung, bei den Grundschulgutachten von der kategorischen Fassung zu der „Ja, aber“-Fassung übergegangen. Trotzdem ist es falsch. Es verschärft nach allem, was wir wissen, die Selektion, mindert die Bildungsbeteiligung und hebelt den Elternwillen aus.

Sehr geehrte Damen und Herren, individuelle Förderung bleibt als Grundaussage Ihres Schulgesetzes eine Worthülse. Es gibt weder einen Rechtsanspruch auf individuelle Förderung, noch ist erkennbar, dass alle Schüler und Schülerinnen ihrer Begabung entsprechend über die Schulformgrenzen hinweg individuell gefördert werden. Individualität hört bei Ihnen dort auf, wo die Grenzen des Systems die Möglichkeiten des Einzelnen beschneiden. Das, meine Damen und Herren, ist wirklich – wirklich! – Ideologie. Es ist Gleichmacherei, und zwar ideologische Gleichmacherei.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Oder sollte ich lieber sagen: „Es handelt sich um ein grob fahrlässiges Handeln zulasten der Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen“?

Zugleich bringen Sie die Lehrer und Lehrerinnen in eine Zerreißprobe zwischen Förderauftrag und Selektionsauftrag. Die UNICEF-Studie „Disadvantages in Rich Nations“ – wohlgemerkt: Nachteile, nicht Fortschritt! – stellt zu Recht fest, dass die Kinder in Deutschland zu früh und falsch sortiert werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Schaffen Sie doch die Grundschulbezirke ab! – Widerspruch bei SPD und GRÜNEN)

– Herr Witzel, Sie haben nichts verstanden! Das ist das Entscheidende.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mit der Feststellung „Germany: Children sorted for a life“ verdeutlicht diese UNICEF-Studie, dass die frühe Einsortierung kaum rückgängig zu machen ist.

Nehmen wir ein anderes exemplarisches Beispiel: die Durchlässigkeit. Sehr geehrte Frau Sommer, Sie haben am 5. April gesagt, Wesensmerkmal des neuen Schulgesetzes sei die Durchlässigkeit. – Allein der Begriff ist entlarvend. Durchlässigkeit braucht man, wo man Grenzen, Wände, Barrieren aufgebaut hat. Sie haben gerade gesagt, Sie wollen starre Grenzen abbauen. Mit dem Schulgesetz bauen Sie neue Grenzen auf.

(Beifall von der SPD)

Durchlässigkeit ist ab der Klasse 5 stark eingeschränkt und endet faktisch am Ende der Klasse 6. Auch wenn Sie, Frau Ministerin Sommer, bereits anderes für möglich halten: Mit der Abkoppelung des Gymnasiums von den restlichen Schulformen der Sekundarstufe I machen Sie den Übergang in die Sekundarstufe zum Gymnasium fast unmöglich. Mit dieser Regelung wird die bereits in der Grundschule begonnene Auslese weiter zementiert. Damit schaffen Sie Schulen der ersten, zweiten und dritten Kategorie. Noch einmal, meine Damen und Herren: Das ist pure Ideologie.

(Beifall von SPD)

Die Verkürzung der Schulzeit auf zwölf Jahre, die wir grundsätzlich begrüßen, wird durch die Einführung eines Modells 9 plus 3 anstatt eines Modells 10 plus 2 zu zusätzlichen Verwerfungen im System führen.

Zukünftig findet die Verkürzung der Schulzeit an den Gymnasien in den Klassen 5 und 9 statt – mit einem weiter erhöhten Stundenkontingent für die Schüler und Schülerinnen, die zukünftig heftig Nachmittagsunterricht erhalten, ohne entsprechende Infrastruktur. So, meine Damen und Herren, kann man sparen und sich seiner Verantwortung für die Schaffung der Ganztagschulen entziehen – zulasten der Kommunen.

Haupt-, Real- und Gesamtschulen sind dagegen auf eine Laufzeit von fünf bis zehn Jahren konzipiert. Damit ist ein reibungsloser Übergang von diesen Schulen zum Gymnasium während der Sekundarstufe I de facto unmöglich geworden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das Maß aller Dinge sei das Wohl der Schüler und Schülerinnen, teilte Frau Ministerin Sommer in einem Schreiben vom 15. August 2005 den nordrhein-westfälischen Lehrkräften mit. – Es wäre schön, wenn es so wäre. Tatsächlich müsste es angesichts der eingeleiteten Politik heißen: Das Maß aller Dinge ist das Wohl des Gymnasiums.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Klaus Kaiser, CDU-Fraktion.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Weiterbildung geht unter, Herr Kaiser!)

Klaus Kaiser (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem Verlauf der Debatte überlegt man sich neu: Wie steigt man ein?

(Gisela Walsken [SPD]: Man muss ja nicht reden! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Ich glaube, am einfachsten steigt man ein, indem man sich ganz herzlich bei Frau Sommer für ihren hervorragenden Redebeitrag bedankt, der die Programmatik der neuen Schulpolitik auf den Punkt gebracht hat.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Peinlich, peinlich! – Weitere Zurufe von der SPD)

Frau Schäfers Beitrag habe ich als Aufforderung gesehen, sich vielleicht einmal mit der Realität zu befassen.

(Martin Börschel [SPD]: Richtig!)

Das habe ich gestern getan. Ich habe mich mit der programmatischen Realität der SPD-Schulpolitik befasst. Das macht man mit neuen Medien, neuerdings über das Internet. Ich habe gestern Abend etwa gegen 23:00 Uhr – also nach dem 2:2 zwischen England und Schweden – den Bogen herunter geladen.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Da war er schon besoffen! – Parl. Staatssekretär Manfred Palmen: Nun ist es aber gut!)

Siehe da: gähnende Leere.

(Beifall von der CDU)

Es steht nämlich drin: Themen – Zukunft durch Bildung und Forschung. Darunter steht:

„Unsere Seiten zum Thema Schule und Weiterbildung werden zurzeit überarbeitet“.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ja, so sind wir: Wir denken, bevor wir reden! – Weitere Zurufe von der SPD)

Mit anderen Worten: gähnende Leere bei der SPD-Programmatik.

Das ist genau das Problem, Frau Schäfer, vor dem Sie stehen: dass Sie glauben, wenn Sie als Lautsprecher, als Verstärker von Kritik hier auftreten, sei dadurch schon eine eigene Schulprogrammatische gegeben.

(Ute Schäfer [SPD]: Sie diskreditieren die Wissenschaftler, die Experten! – Zuruf von der SPD: Sie waren doch gestern auch in der Anhörung!)

Das ist Ihr Irrtum, und deshalb geschieht ein Zweites, sodass heute in der Zeitung steht: „Sie freut sich über ein gutes Zeugnis“. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wissen sehr wohl, dass die CDU eine Programmatik in der Schulpolitik hat und die SPD nicht. Nebenbei: Das war auch der Grund, warum Sie abgewählt worden sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie jetzt auf die Anhörungen ansprechen, darf ich der Vollständigkeit halber erwähnen: Wenn ich mich recht erinnere, war das gestern die zehnte Anhörung zum neuen Schulgesetz. Wenn ich mich recht erinnere, war das die vierte Anhörung zum Thema Schuleinzugsbezirke. Wenn ich mich recht erinnere, war gestern die erste Anhörung, zu der mehr Absagen als Zusagen der Experten vorlagen.

(Ute Schäfer [SPD]: Ihre Leute haben alle abgesagt!)

Das ist die Folge Ihrer Schulpolitik – weil Sie es übertreiben, weil Sie die Anhörung, die ein demokratisches Recht dieses Parlamentes ist, parteipolitisch missbrauchen wollen. Das ist der Hintergrund.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich will Ihnen aber zur Sache einiges sagen, Frau Schäfer: Das, was Sie hier erzählen, zeigt mangelndes Differenzierungsvermögen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Kaiser, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Schäfer?

Klaus Kaiser (CDU): Später. Ich möchte jetzt erst versuchen, meine Gedanken im Zusammenhang darzustellen.

(Widerspruch bei der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Feige!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Sie sagen mir dann bitte Bescheid.

Klaus Kaiser (CDU): Genau.

Das mangelnde Differenzierungsvermögen wird dadurch deutlich, dass Sie alles wiedergeben, was interessegeleitet hier vorgetragen wird, und es dann als Programmatik hinstellen.

(Ute Schäfer [SPD]: Meine Güte! Das ist aber Niveau!)

Es ist doch klar: Wenn wir ein Reformwerk wie dieses auf den Weg bringen, kann dies nicht un-

umstritten bleiben, sondern es gibt, wenn Veränderungen umgesetzt werden, Leute, die positiv oder negativ betroffen sind.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wer ist denn positiv betroffen?)

Entscheidend ist doch das Ziel, das wir haben – und das legen wir in § 1 fest –: Wir wollen mehr individuelle Förderung. Das ist handlungsleitendes Prinzip dieses neuen Gesetzes.

Das, was hinter diesem Gesamtwerk steht, ist sehr einfach: Wir müssen einen gesetzlichen Rahmen schaffen, der es möglich macht, dass Unterricht besser wird und die Schulen insgesamt mehr Leistung bringen. Dadurch verbessern wir die Chancen unserer Kinder und Jugendlichen. Das ist das Ziel dieses Gesetzes, und nur daran lassen wir uns messen.

Ich will noch einmal auf das Thema Anhörungen zurückkommen. Wenn man solche schon beantragt, sollte man auch differenziert hören. Wir haben heute vernommen: Die Zustimmung zu den Kopfnoten ist bei Eltern und Lehrerinnen und Lehrern in der Praxis sehr hoch. Gestern in der Anhörung war für mich besonders interessant, als eine der Wissenschaftlerinnen gesagt hat, dass sie früher in der Frage der Kopfnoten ideologisch gewesen sei. Heute sehe sie aber durchaus Vorzüge. Das heißt: Wir müssen genau hinhören, wenn wir uns programmatisch weiterentwickeln wollen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich sage Ihnen auch: Ein Gesetz ist Text. Zu Ihrem Vorwurf empfehle ich Ihnen, Frau Schäfer, einmal die Stellungnahmen zu dem letzten rot-grünen Schulgesetz, das wir vor etwa einem Jahr beraten haben, nachzulesen; denn über eines bestand immer Einigkeit. Es wurde immer gesagt: Es wird nicht weit genug gesprungen.

(Ute Schäfer [SPD]: Wir sind jetzt bei Ihrem Schulgesetz!)

Bei aller Kritik am heutigen Gesetz: Niemand wirft uns vor, dass wir uns in der Reform nicht genug vorgenommen hätten.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Das ist der Unterschied zu Ihnen. So sieht es auch in der Praxis aus. Ich möchte hier ein Lob an Frau Sommer und an das Ministerium richten. Es ist in sensationeller Weise gelungen, aus einem faden, langweiligen Amtsblatt eine hoch interessante Fachzeitschrift zu machen.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Das ist die Neuerung. Das zeigt, dass wir hier in der Praxis angekommen sind. Ich empfehle Ihnen von der Opposition die aktuelle Ausgabe, Seite 182. Dort steht: An unserer Schule bleibt keiner sitzen. – Unser Ziel, die Zahl der Sitzenbleiber mindestens zu halbieren, ist vor allem eine Frage von Rahmenbedingungen. Es ist zum anderen aber auch eine Frage der konkreten Praxis. Da machen wir konkret Politik. Deshalb sind wir erfolgreich. Deshalb finden wir auch die Zustimmung der Menschen. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Nun hat Frau Abgeordnete Löhrmann für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Rahmen dieser Beratung fällt mir zunächst Ihre Herangehensweise auf. Da knüpfe ich ähnlich wie Herr Recker noch einmal an den vorherigen Punkt an. Sie meinen, man könnte die Dinge verordnen. Sie glauben, Sie könnten den Patriotismus verordnen. Sie glauben auch, Sie könnten die individuelle Förderung verordnen, indem Sie die ins Gesetz schreiben. Das Problem ist aber, dass das so einfach nicht geht. Ich will gleich auch auf dieses Einzelbeispiel zurückkommen.

Frau Ministerin, ich gönne Ihnen ja, dass Sie den heutigen Tag als freudigen Tag erleben, weil Sie glauben, Sie haben dieses Gesetzgebungsverfahren hinter sich. Für die Eltern, für die Kinder, für die Schulen, für die Kommunen fängt das aber erst an, was hier heute beziehungsweise morgen beschlossen wird.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich glaube, Ihnen ist nicht klar, dass das dicke Ende möglicherweise noch kommt. Erfreulicherweise nicken Sie jetzt.

Zu diesen 39 Jahren, die Herr Recker auch wieder angeführt hat als Zeichen dafür, dass er sich am liebsten immer noch in der Opposition aufhalten würde, kann ich mir natürlich den Hinweis nicht verkneifen: An den 39 Jahren Bildungspolitik, die hier gemacht worden sind, war die FDP über zehn Jahre beteiligt. Zum Beispiel die Struktur der Gesamtschule, die ja heute zum Teil beklagt wird, ist in dieser Form von FDP und SPD eingeführt worden. Namhafte Wirtschaftswissenschaftler, Lothar Späth und andere sagen, das hätte man damals nicht so machen sollen.

Aber die Idee, darüber zu diskutieren, erfährt doch gerade aus der Wirtschaft zunehmend Unterstützung, weil wir eben aufgrund der schlechten Pisa-Ergebnisse eine andere Herangehensweise brauchen an Bildung, an Strukturen und selbstverständlich auch an Unterrichtsinhalte. Wir Grüne haben immer gesagt: Die Form und der Inhalt, die äußere und die innere Form von Schule gehören zusammen. Die kann man nicht trennen.

Mich wundert auch nicht, Frau Ministerin, dass Sie jetzt einzelne Zahlen zitieren, auch natürlich bewusst platziert zu dieser Diskussion, um nachzuweisen, dass die Menschen die Zielsetzungen, die zum Teil in Ihrer Gesetzlyrik stehen, unterstützen. Das tun wir auch; das haben wir auch deutlich gemacht.

Das Problem ist aber Schein und Sein.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Instrumente, die Sie in dieses Gesetz hineinschreiben – das ist hinlänglich diskutiert und auch bei den Anhörungen deutlich geworden –, und die Strukturen verhindern, dass Sie diese Ziele erreichen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist bitter für die Kinder und Jugendlichen in unserem Land. Das ist bitter für die ökonomische Entwicklung in unserem Land, weil es – da stimme ich ausnahmsweise Frau Pieper-von Heiden zu, auch da aber nur in der Zielsetzung – hier wirklich um viel geht und weil es ein folgeschweres Gesetz ist. Aus unserer Sicht ist es ein ganz großer Rückschritt.

Jetzt komme ich noch einmal auf ein Beispiel, weil das hier ja alle teilen. Die individuelle Förderung als Prinzip verträgt sich nicht damit, dass man entscheidet, wer rausfliegt. Die individuelle Förderung verträgt sich nicht damit, dass man im Grunde dabei bleibt, dass Unterricht so organisiert ist, dass er in 45-Minuten-Takten allen Kindern in gleicher Weise erst einmal so zukommt. Individuelle Förderung verträgt sich auch nicht damit, dass man glaubt, der Unterricht läuft jetzt hier so, und dann gibt es dazu die Nachhilfe demnächst für die, die sie nicht privat organisieren, im Lernstudio.

Die individuelle Förderung muss Kernbestandteil jedes Unterrichts und jedes Lernens sein.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zurufe von der CDU)

– Ja, es ist ja schön, wenn ich Sie erreichen kann. Das zeigt ja, dass es auch hier nicht nur hoffnungslose Fälle gibt.

Letzter Gedanke: Frau Sommer, Sie haben auch das sehr nett gesagt, Sie seien herumgereist und hätten sich umgeschaut. Ich kann nicht erkennen, dass Sie in die Welt gereist sind, nach Schweden, nach Kanada, nach Finnland und sich das dort angeguckt haben, sondern Sie haben „Einzelelementchen“ herausgepickt, Sie haben aber an den Grundlagen nichts geändert.

(Zurufe von der CDU)

Deswegen schaffen Sie mitnichten das modernste Schulgesetz, sondern es ist ein Rückschritt. Es ist nicht gut für die Kinder und Jugendlichen. Es ist auch nicht gut für die ökonomische Entwicklung von Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, nun hat sich der Ministerpräsident, Herr Dr. Jürgen Rüttgers, zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein wichtiges Gesetz, über das wir hier beraten und heute befinden. Das ist der Grund, weshalb ich einige wenige Bemerkungen machen möchte.

Ich bin fest davon überzeugt: Das ist ein guter Tag für die Kinder in unserem Land.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich bin auch davon überzeugt: Es ist ein wichtiger Tag für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Und ich weiß: Es ist ein schlechter Tag für all diejenigen, die sich noch immer nicht von den ideologischen Verirrungen der 60er- und 70er-Jahre haben trennen können.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Es ist ein schlechter Tag für diejenigen, die immer noch glauben, dass sie unsere Gesellschaft durch Schulen verändern wollen, statt unseren Kindern neue Chancen zu eröffnen. Es ist ein schlechter Tag für all diejenigen, die lieber tiefe Ungerechtigkeit in Kauf nehmen, als von ihren ideologischen Vorstellungen Abschied zu nehmen.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist ein guter Tag für all diejenigen, die wollen, dass Schule für unsere Kinder da ist und nicht umgekehrt.

(Zuruf von der SPD: Welche Erkenntnis!)

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt viele Monate über das neue Schulgesetz diskutiert.

(Martin Börschel [SPD]: Sie haben nichts dazugelernt!)

Dieses Schulgesetz bringt für die Eltern mehr Entscheidungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten in den Schulen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wo denn?)

Wenn dieses Gesetz umgesetzt wird, können Sie zum Beispiel entscheiden, an welcher Grundschule Sie Ihre Kinder anmelden. Und das ist gut so.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben mehr Entscheidungsmöglichkeiten, weil durch dieses Gesetz angesichts zurückgehender Schülerzahlen kleine und wohnortnahe Grundschulstandorte gesichert werden. Das ist wichtig gerade auch für den ländlichen Raum.

(Beifall von der CDU)

Sie haben mehr Möglichkeiten, weil die Schulen künftig ihr eigenes Profil stärker ausgestalten können. Das heißt für die Eltern mehr Wahlmöglichkeiten, mehr Verwirklichung auch eigener Erziehungsvorstellungen in Zusammenarbeit mit den Schulen in unserem Land.

Die Eltern erhalten mehr Möglichkeiten und Rechte, sich am Schulalltag zu beteiligen,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Drittelparität gestrichen! Entbürokratisierung!)

zum Beispiel dadurch, dass sie in Zukunft über die Schulleitungen mitentscheiden können.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Schulgesetz bringt auch mehr Möglichkeiten, mehr Rechte und mehr Chancen für die Lehrerinnen und Lehrer. Die Schulen in Nordrhein-Westfalen werden durch dieses Gesetz schrittweise mehr und mehr zu eigenverantwortlichen Schulen. Die Schulen bekommen mehr Gestaltungsspielraum, den Unterricht und die Unterrichtsentwicklung so zu gestalten, wie sie es für richtig halten.

Sie erhalten mehr zusätzliche Unterstützung durch regelmäßige Qualitätsprüfungen, die auch

ein Stück Rückmeldung über das sind, was gut und was weniger gut ist. Damit tragen diese Qualitätsprüfungen zur Verbesserung der schulischen Arbeit bei.

Die Lehrerinnen und Lehrer erhalten mehr Möglichkeiten durch das neue Schulgesetz, weil die Schulaufsicht in Zukunft nicht mehr kontrolliert und anweist, sondern primär die Schulen bei der Profilbildung berät und unterstützt.

(Martin Börschel [SPD]: Sie müssen noch mal etwas zum Aufwecken sagen!)

Die Lehrerinnen und Lehrer erhalten mehr Entscheidungsmöglichkeiten durch die Abkehr von der Drittelparität, weil sie damit ihrer Verantwortung gemäß auch in der Schulkonferenz ein wichtigeres Wort sprechen.

(Ute Schäfer [SPD]: Was halten Sie eigentlich von der Mitwirkung von Schülerinnen und Schülern?)

Sie bekommen direkter wirkende disziplinarische Rechte, was pädagogisch wichtig und auch wichtig für die Schule und die Schülerinnen und Schüler ist, weil etwa Entscheidungen über die Überweisung in eine Parallelklasse oder den vorübergehenden Ausschluss vom Unterricht jetzt nicht mehr mit aufschiebender Wirkung angefochten werden können.

Ich glaube, dass die Möglichkeit, härter gegen hartnäckige Schulschwänzer ab dem 14. Lebensjahr vorzugehen, auch wichtig für guten Unterricht in unseren Schulen ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist wichtig für die Lehrerinnen und Lehrer, dass ihre Entscheidung in der Frage, welche weiterführende Schule ein Kind besuchen soll, größeres Gewicht erhält, genauso wie jetzt klar ist, werte Kolleginnen und Kollegen, dass die von der Vorgängerregierung beabsichtigte Abschaffung des Beamtenstatus nicht stattfinden wird.

(Sören Link [SPD]: Donnerwetter!)

Es ist, werte Kolleginnen und Kollegen, nach meiner Einschätzung wichtig für die Schülerinnen und Schüler, dass wir mit der individuellen Sprachförderung jetzt bereits zwei Jahre vor der Einschulung beginnen. Das ist für alle Kinder wichtig, nicht nur für die Kinder, die eine Zuwanderungsgeschichte haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist zudem wichtig, dass es in den Schulen in Zukunft schulinterne Förderkonzepte gibt und die

Eltern, wenn ein solcher Förderbedarf festgestellt wird, sehr frühzeitig in die Förderung einbezogen werden mit dem Ziel, dass möglichst wenige Schülerinnen und Schüler in Zukunft nicht versetzt werden.

Ich glaube, dass auch, obwohl Frau Löhrmann das eben anders bewertet hat, die Regelung, wonach der Aufstieg leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler in eine andere Schulform in Zukunft leichter möglich ist, ein ganz wichtiger Reformschritt ist, genauso wie die Förderung besonders begabter Schülerinnen und Schüler.

Ich glaube auch, um einen letzten Punkt zu nennen, dass die Reform der gymnasialen Oberstufe und die Stärkung ihrer allgemeinbildenden Form ein solcher zentraler Reformbaustein ist.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe der Debatte gut zugehört – nicht nur dieser, sondern auch der letzten und vorletzten.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Den Vorwurf der Opposition gegen dieses Schulgesetz hat Frau Löhrmann eben zusammengefasst in dem Satz: Das, was ihr wollt, ist richtig. Die Mittel, mit denen ihr das versucht, sind nicht nur diskussionsfähig, sondern entsprechen in vielen Punkten dem, was wir auch machen würden,

(Ursula Meurer [SPD]: Doch nicht gut zugehört!)

aber die Strukturen verhindern ...

(Widerspruch von der SPD)

– Sie hat doch gesagt, dass sie für individuelle Förderung ist.

(Zahlreiche Zurufe – Unruhe – Glocke)

– Nun mal langsam. Lassen Sie mich doch den Satz zu Ende bringen. – Sie hat dann gesagt: Die Strukturen verhindern, dass Sie Ihre Ziele erreichen können. – Das war der zentrale Vorwurf. Ich glaube – Sie nickt –, dass ich das richtig gehört habe. Das heißt nicht, dass man sich über das eine oder andere nicht noch unterhalten muss. Aber das war der Kernvorwurf.

Jetzt sind wir, werte Kolleginnen und Kollegen, vor der Abstimmung über dieses Schulgesetz noch einmal an dem Punkt, der uns unterscheidet – diejenigen, die dieses Schulgesetz wollen und diejenigen, wie ich kurz darzulegen versucht habe, die vielen positiven Elemente dieses Schulgesetzes sehen, von denjenigen, die das Schulgesetz gleich ablehnen werden. Ich bin der festen Auffassung, dass jede Schulpolitik, die davon

ausgeht, dass Verbesserung erst dann möglich ist, wenn wir das gegliederte Schulwesen und damit Hauptschule, Realschule, Gymnasien und Gesamtschulen auflösen und eine integrierte Schulform praktizieren, einen großen Fehler macht. Das steckt hinter dem Satz, den Frau Löhrmann eben noch einmal gebracht hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Löhrmann und die anderen, die hier vorgebracht haben, Schulpolitik findet nicht – Sie wissen das, weil Sie selber Lehrerin sind – irgendwo im luftleeren Raum statt, findet nicht irgendwo auf einem freien Feld statt. Schule baut man nicht völlig neu, sondern Schule muss mit dem fertig werden, was da ist. Das Wichtigste, was da ist, sind die Kinder.

Es gibt keinen Streit über die Situation, die jetzt besteht, zum Beispiel bezüglich der Mittelmäßigkeit im internationalen oder auch im nationalen Vergleich. Es geht um die Ungerechtigkeit, mit der unsere Kinder im Hinblick auf ihre Chancen konfrontiert sind, die Abhängigkeit von der Frage, wie das Elternhaus ist, ob man etwas aus seiner Schulzeit und damit aus seinem Leben machen kann. All das ist inzwischen klar und kann von niemandem mehr bestritten werden. Wer angesichts dessen aber hinget und einen jahrzehntenlangen Umbau vornehmen will – darüber reden wir – hin zu einem integrierten Schulsystem, der versündigt sich an unseren Kindern. Davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wollen mehr individuelle Förderung. Das ist uns wichtig. Wir wollen mehr Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem, aber Sie wollen die Einheitsschule. Sie können sagen, was Sie wollen. Das kommt in jedem dritten Satz heraus. Wir hingegen wollen ein sozial gerechtes Schulsystem, aber Sie verteidigen im Kern Ihre alten ideologischen Schulvorstellungen von der integrierten Schule. Darauf läuft es am Schluss immer wieder hinaus.

(Beifall von CDU und FDP)

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir beschließen heute einen großen Schritt hin zu mehr Durchlässigkeit, mehr individueller Förderung und mehr sozialer Gerechtigkeit in unserem Schulsystem. Wir vertrauen den Lehrerinnen und Lehrern in unseren Schulen in Nordrhein-Westfalen. Wir vertrauen darauf, dass sie diesen Umbauprozess, der nach den Sommerferien beginnen und von ihnen viel Arbeit, Engagement und Anstrengung verlangen wird, mitgehen, da sie nämlich Lehre-

rinnen und Lehrer geworden sind, weil sie wollen, dass unsere Kinder eine gute Schule bekommen.

Wir sind fest davon überzeugt, dass wir mit diesem Schulgesetz etwas für die Kinder in unserem Land tun können, damit sie Chancen auf ein selbst bestimmtes, selbst verantwortetes Leben bekommen. Ich glaube, dass die vielen, vielen Debatten der letzten Wochen und Monate damit heute zu einem sehr guten Abschluss kommen.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat ihre Redezeit um etwa 10 Minuten überzogen. Nach den Usancen in diesem Haus können die Fraktionen jetzt ebenfalls so viel Redezeit in Anspruch nehmen.

Als Erste hat sich die Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Hannelore Kraft, gemeldet. Bitte schön.

Hannelore Kraft (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! 10 Minuten Überziehungszeit nehmen wir zur Kenntnis.

(Zuruf von der CDU: Viel zu wenig!)

– In der Tat, Herr Kollege, das ist viel zu wenig. Denn Sie haben bei Ihrem Schulgesetz offensichtlich viel zu erklären.

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, Ihre salbungsvollen Worte haben wir in den letzten Minuten vernommen. Wir konnten darüber hinaus Ihren Hochglanzbroschüren das eine oder andere entnehmen.

Um es klar auf den Punkt zu bringen: Bei den Zielen – Sie haben es eben angesprochen und ich knüpfe an meine letzte Rede hier im Parlament an – sind wir bei fast allen einer Meinung. Aber soweit es um die Instrumente geht, sind wir der Meinung, dass Ihre Instrumente nicht zu diesem Ziel führen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Widerspruch von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Das ist der entscheidende Punkt. Herr Ministerpräsident, Frau Schulministerin, Sie machen den größten Feldversuch mit Kindern und Jugendlichen gegen die Ansage aller Expertinnen und Experten und nicht nur der Interessenvertreter.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie reden davon, dass Eltern mehr beteiligt werden. Ich kann Ihnen nur sagen: Reden Sie doch

einmal mit den Eltern vor Ort, und zwar nicht mit denjenigen, die die Umfrage beantwortet haben und die Ziele unterstützen, sondern mit denen, die sich schon mit Ihren Zielvorstellungen und Instrumenten beschäftigt haben. Es gibt diejenigen, die in der zweiten Klasse ernsthaft darüber nachdenken, für ihre Kinder unterstützenden Unterricht zu organisieren, Nachhilfe, damit sie die Schwelle von der vierten Klasse ins Gymnasium schaffen, damit ihr Kind nicht abgehängt wird. Das sind die Realitäten draußen im Land, Herr Ministerpräsident.

Es gibt nicht mehr Beteiligung der Eltern, sondern der Elternwille wird ausgehebelt. Das, was Sie an weißer Salbe oben drauf gelegt haben, wird diese Grundtendenz nicht verändern.

Herr Ministerpräsident, bei der Sicherung der Grundschulen haben Sie sich schon einmal vergaloppiert. Auch das ist nicht Gegenstand dieses Gesetzes. Die waren vorher gesichert. Sie haben sie in Unsicherheit gebracht. Das wollen wir an dieser Stelle noch einmal festhalten, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dann ziehen Sie – ich habe mir das notiert – eine interessante Schleife und sagen: Die Schulen überhaupt haben demnächst mehr Profile. Damit haben die Eltern mehr Wahlmöglichkeiten. – Ich begeben mich einmal in Ihre Gedankenwelt. Das fällt mir grundsätzlich schwer. Das wissen die Kolleginnen und Kollegen von der FDP. Wettbewerb und Schulen passen für mich nicht direkt zusammen. Sie passen schon gar nicht zusammen, wenn die Ausgangssituationen für einen Wettbewerb nicht fair sind. Das ist der entscheidende Punkt dabei.

(Beifall von der SPD)

Wenn ich mich auf Ihr Gedankengut einlasse und sage, es gibt mehr Profile und mehr Wahlmöglichkeiten, dann beantworten Sie doch einmal die Fragen der Eltern, Herr Ministerpräsident. Diese Eltern sagen mir: Ich würde gern die Wahlmöglichkeiten in Anspruch nehmen, aber die damit verbundenen Kosten, mein Kind auf die Grundschule meiner Wahl zu bringen, kann ich gar nicht tragen. – Hier findet eine soziale Selektion statt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das sind doch Wahlmöglichkeiten für Reiche, nicht für die breite Masse in diesem Land, Herr Ministerpräsident.

Meine Damen und Herren, die Vorredner der Opposition haben bereits deutlich gemacht, für uns

ist die Aufhebung der Grundschulbezirke der entscheidende Punkt. Das ist und bleibt falsch. Dies gilt übrigens nicht nur für die Grundschulen, sondern auch und insbesondere für die Berufsschulen. Das wird uns vor riesige Probleme stellen. Im ländlichen Raum werden wir Ausbildungsplätze verlieren, weil es diese Bezirke bei den Berufsschulen nicht mehr gibt. Das wissen Sie doch.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Hier versündigen Sie sich an den Kindern.

Sie kennen doch die Stellungnahmen aus den Anhörungen. Ich hoffe, Sie haben sie alle gründlich gelesen. Das war doch eine breite Front, und zwar nicht von Interessenvertretern oder Lobbyisten. Es waren Menschen, die sich wissenschaftlich mit den Themen beschäftigt haben. Diese sagten, wenn es Ziel ist, die soziale Selektion abzubauen, ist das der falsche Weg.

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie mich eines deutlich sagen: Verbesserungen sind nicht nur über eine Strukturdebatte zu erzielen. Da stimme ich Ihnen zu. – Wenn man die Ziele erreichen will, die uns Pisa vorgegeben hat, ist es aber mit Sicherheit grundlegend falsch, eine Strukturdebatte auszublenden. Man muss die Probleme unseres Schulsystems mit großer Offenheit diskutieren. Sie haben die Strukturdebatte ausgeblendet. Sie sind ideologisch an diese Fragestellungen herangegangen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der Kollege von der CDU hat eben so schön unsere Internetseite vorgelesen. Das scheint hier zum Sport zu werden. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Ja, die SPD hat in diesem Land 39 Jahre lang mitregiert.

(Zuruf von der CDU: Das merkt man!)

Ich sage an jeder Stelle deutlich und öffentlich: Wir haben nicht alles in diesem Land richtig gemacht.

(Demonstrativer Beifall von CDU und FDP)

Wir haben auch in der Schulpolitik nicht alles richtig gemacht. Aber wir wissen, welche Aufgaben sich uns stellen. Wir führen die Debatten mit den Experten.

(Beifall von der SPD)

Wir hören ihnen zu. Wenn wir die Debatten abgeschlossen haben, werden wir mit unseren Vorstellungen kommen. Unsere Vorstellungen werden sich maßgeblich von Ihren unterscheiden. Das

kann ich Ihnen heute schon sagen. Wir blenden auch die Strukturdebatte nicht aus.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Die Experten sagen nicht ohne Grund, dass uns ein Festhalten an diesen Strukturen nicht weiterbringt. Ich nehme nur einen Punkt heraus, der das unterstreicht: Sie können nicht auf der einen Seite allen Ernstes das Einschulungsalter heruntersetzen und damit auf der anderen Seite die Kinder noch früher selektieren. – Das macht doch überhaupt keinen Sinn.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es begreift doch jeder Mensch, dass man das in dem Alter noch nicht kann.

Ich sage aber noch eines deutlich: Wenn wir auch nicht alles immer richtig gemacht haben, so haben wir doch viele Dinge richtig angestoßen: die sprachliche Frühförderung, offene Ganztagsgrundschulen, der Einstieg in die selbstständige Schule. – All das waren richtige Mittel und Wege. Wir waren auf dem Weg. Wir waren noch nicht fertig. Das ist richtig. Aber wir waren auf einem Weg. Wir haben gelernt.

Sie haben sich in dieser Debatte eindeutig als nicht lernfähig und als ideologisch verblendet präsentiert. Das ist die Zusammenfassung der Debatte, die ich heute ziehen kann.

(Anhaltender Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank, Frau Kraft. – Nächster Redner ist der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Abgeordneter Stahl.

(Zuruf von der SPD: Textbausteine dabei?)

Helmut Stahl (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, es tut gut, zu hören, dass wir in diesem Hause offensichtlich gar nicht so weit auseinander liegen, was die Ziele angeht, wohin sich Schule entwickeln müsste.

Gleichzeitig mussten wir gemeinsam feststellen, dass die Ziele, über die wir in diesem Hause einig sein sollten, seit vielen Jahren in Nordrhein-Westfalen nicht mehr erreicht werden. Sämtliche Lernstandserhebungen – ob die Pisa-Studie oder nationale Studien – beweisen uns, dass wir in Nordrhein-Westfalen enormen Nachholbedarf haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir sind nach allen Lernstandserhebungen allenfalls Mittelmaß. Der Ministerpräsident hat es angedeutet.

Was die soziale Gerechtigkeit unseres Schulsystems angeht, haben wir festzustellen, dass wir in Nordrhein-Westfalen unter Ihrer Regierungsverantwortung mit einer Massivität gegen die Gerechtigkeit verstoßen, die nicht verantwortbar ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Soziale Selektion war über viele Jahre hinweg Kennzeichen des Bildungssystems in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, es ist eine Lebenslüge der nordrhein-westfälischen Sozialdemokratie, dass Sie mit Ihren Methoden, mit Ihren Instrumenten in der Lage seien, soziale Gerechtigkeit im Bildungswissen herzustellen. Das ist eine Lebenslüge.

(Beifall von CDU und FDP)

Diese Lebenslüge halte ich Ihnen vor.

Solange ich in der Bildungspolitik unterwegs bin, seit Mitte der 70er-Jahre, höre ich das Leitbild des Arbeiterkindes, dem es endlich gelingen muss, in die Hochschule zu kommen. Am Ende Ihrer Regierungszeit stellen wir gemeinsam fest, dass die Quote derer, die aus Arbeiterfamilien an unsere Hochschulen kommen, so niedrig war wie nie zuvor, niedriger als 1975.

(Beifall von CDU und GRÜNEN)

Diese Lebenslüge lassen wir nicht durchgehen. Die Menschen waren und sind unzufrieden mit unserem Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen. Jährlich – wir haben das bis 2005 erhoben – wurden über 150 Millionen € von Eltern für Nachhilfeunterricht ausgegeben, um das auszugleichen, was die Schule bisher versäumt hat.

Frau Kraft, wir stellen gemeinsam mit der Landesregierung bereits im ersten Jahr unserer Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen 1.000 zusätzliche Lehrstellen zur Verfügung, um dem Mangel bei der Unterrichtsversorgung in Nordrhein-Westfalen entgegenzuwirken.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Die Leute sind unzufrieden mit Ihrer Schulpolitik!)

Wir bleiben bei unserem Versprechen: Wir werden am Ende dieser Legislaturperiode die Unterrichtsversorgung in diesem Land so verbessert haben, dass unsere Kinder, dass die Jugendlichen wieder die Chance haben, an das Leis-

tungsniveau anderer, im Augenblick weit vor uns liegender Bundesländer anzuknüpfen.

(Beifall von CDU und FDP)

Den Feldversuch, den Sie uns mit dem Schulversuch vorwerfen, den haben Sie über 39 Jahre in Nordrhein-Westfalen praktiziert – zum Leidwesen unserer Kinder und zulasten unserer Zukunft.

(Beifall von CDU und FDP)

Weil Sie jetzt so unschuldig tun und uns vorwerfen, dass wir die Schuldebatte nicht führen wollten – aus Gründen, die vielfach dargelegt worden sind –, dann, werte Frau Schäfer, erinnere ich Sie daran, dass Sie am 10. März 2005, also vor einem Jahr, die Schulstrukturdebatte noch weit von sich gewiesen haben. Herr Präsident, ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis.

„Ich wiederhole mich gerne“

– so Frau Schäfer als Ministerin –,

„Änderungen der Schulstrukturen stehen für mich nicht auf der Tagesordnung.“

Das wurde alles von Ihnen erklärt. Das sollten die Leute doch glauben. Jetzt wollen Sie genau diese Schulstrukturdebatte mit uns führen, weil Ihnen zu den Inhalten und zu Ihrer eigenen Verantwortung nichts anderes einfällt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wir als CDU-Fraktion beenden heute eine Etappe einer sehr langen Diskussion, die wir miteinander geführt haben. Wir haben das hinter uns, was Sie noch vor sich haben. Wir haben über viele Jahre konsequent und ernsthaft in der Partei, insbesondere auch in unserer Fraktion, mit unseren Petersberger Beschlüssen und anderen Beschlüssen daran gearbeitet, wo der Weg hingehen soll. Wir haben den Menschen im Wahlkampf genau dieses erklärt.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Sie wissen ganz genau, dass das anders war!)

Genau dies tun wir heute aus Überzeugung. Wir laden alle ein, die Lehrerinnen und Lehrer, die Eltern, die Mitglieder in den Räten unserer Kommunen und natürlich auch die Schülerinnen und Schüler, jetzt einen Ruck durch das Land gehen zu lassen, damit wir in wenigen Jahren da sind, wo andere vor uns sind, nämlich die süddeutschen Länder mit einem gegliederten Schulsystem. Wir wollen die beste Schule für unsere Kinder. Wir sind überzeugt: Wir erreichen sie mit diesem Gesetz, für das wir heute hier die Hand he-

ben, das wir aus voller Überzeugung verabschieden.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank, Herr Stahl. – Nun ist Frau Abgeordnete Löhrmann, Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, an der Reihe. Frau Löhrmann, Sie haben das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Lieber Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat auf das Bezug genommen, was ich schon gesagt habe. Den Ball greife ich gerne auf. Er hat versucht – der Versuch ist ja nicht strafbar –, mich intelligent zu interpretieren. Was die Zielsetzung angeht, war das so weit in Ordnung. Dann aber – da hatten Sie einen Bruch in Ihrer Argumentation – fielen Sie in die Wahlkampfdiskussion zurück. Da war es dann aus meiner Sicht mit der Stringenz Ihrer Argumentation vorbei,

(Beifall von den GRÜNEN)

weil Sie in Kampfbegriffe zurückgefallen sind und mit den alten Unterstellungen angefangen haben.

Ich sage gern noch einmal, was ich gemeint habe, was die meisten – das haben die Reaktionen auch gezeigt – meiner Meinung nach richtig verstanden haben.

Die Zielsetzungen, die Sie und die wir genannt haben, teilen heute alle. Sie standen auch schon in anderen Schulgesetzen schon. Aber dass die Instrumente, die Sie in bestehenden Strukturen wählen, dazu führen werden, dass sie die Zielsetzungen zum Leidwesen der Kinder und auch zum Leidwesen der ökonomischen Anforderungen unserer Wirtschaft nicht erreichen werden, das ist das, worauf ich hinweisen möchte.

Deutlich wird auch – das hat Herr Stahl gerade noch einmal gesagt, ich mache es bewusst ganz ruhig –: Sie haben auf Ihre Petersberger Beschlüsse verwiesen, die Sie, wenn ich die Genese richtig im Blick habe, vor den ersten Pisa-Studien gefasst. Das ist, glaube ich, das Problem.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben sich an Beschlüsse gebunden, aus denen Sie jetzt nicht mehr herauskommen, an denen Sie aber festhalten müssen. Das wird auch daran deutlich, dass andere Landesverbände der CDU offensichtlich nicht so stark gebunden sind und sich weiterentwickeln. Ich bitte noch einmal leidenschaftlich darum, dass Sie diesen Fehler

nicht machen. Ich sehe natürlich, dass Sie das mit der Verabschiedung dieses Gesetz heute tun werden.

Wenn Sie diesen Ideologievorwurf erheben: Meine Güte, ich habe Herrn Sinn, Herrn Späth genannt, ich kann Frau Süßmuth nennen, die alle anfangen zu diskutieren. Ich bleibe aber in Nordrhein-Westfalen, weil uns das heute Morgen bei einem anderen Punkt auch wichtig war.

Der Verband Bildung und Erziehung, in dem viele CDU-Kommunalpolitikerinnen, Hauptschullehrerinnen, Grundschullehrerinnen verankert sind, schlägt genau den Weg vor, nämlich die Verknüpfung innerer und äußerer Schulreform, damit eine neue Schule, die allen Kindern gerecht wird, von unten wachsen kann.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Niemand bildet sich ein, auch wir seit langen Jahren nicht, als könnte man oben ein Gesetz machen und dann würde alles gut. Von unten muss es wachsen. Da müssen wir die Instrumente anbieten. Die Menschen müssen die Freiheit haben, diese Instrumente im Lichte der demographischen Entwicklung an jedem einzelnen Ort zu nutzen. Diesem Weg des Verbandes Bildung und Erziehung mit der allgemeinen Sekundarschule haben sich die kommunalen Spitzenverbände – und zwar alle drei – in diesen Anhörungen angeschlossen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn ich mich recht erinnere, ist die CDU eine Kommunalpartei, und wenn ich mich recht erinnere, hat die CDU in diesen Gremien die Mehrheit. Die haben hier vorgetragen, dass sie genau diesen pragmatischen Weg für richtig halten.

Und was tun Sie? Das ist leider wirklich so – Sie machen die Gräben zwischen den Schulformen tiefer, Sie bauen keine Brücken.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das wird uns nicht zu mehr Leistung führen und das wird uns nicht zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen. Das ist leider so.

Weil das in diesen Anhörungen so oft vorgetragen worden ist, haben wir uns gefragt: Wie kann es sein, dass eine große Fraktion wie die CDU so beratungsresistent bleibt,

(Parl. Staatssekretär Manfred Palmén: Eine Frechheit! – Widerspruch von der SPD)

– hören Sie doch einfach bis zum Ende zu –, da es doch so aussah, als hätte der kleine Koaliti-

onspartner das – weil er es schon früher im Gegensatz zur CDU vertreten hat, besonders bei dem Beispiel der Grundschulbezirke – durchgesetzt. Wir können uns diese Beratungsresistenz gegen diese Experten, inklusive gegen die kommunalpolitische Vereinigung der CDU, die das gesagt haben – es ist noch einmal ein Abgeordneter zitiert worden, der auch öffentlich gemacht hat, zumindest in seiner Lokaldiskussion, dass er diese Auffassung nicht teilt –, nicht erklären. Da haben wir uns gefragt: Wie kann das sein? Ich kann mir das nur so erklären, Herr Ministerpräsident – deswegen war es auch richtig, dass Sie es waren, der das hier noch einmal vorgetragen hat –, dass Sie zu 100 % hinter diesem Gesetzentwurf und auch hinter diesen Instrumenten stehen und dass Sie die FDP benutzt haben, um auch die Programmatik der CDU, wie sie hier zum Teil früher bei der Diskussion um die Grundschulbezirke vorgetragen worden ist, und wie es nicht im Parteiprogramm stand, einfach über Bord zu werfen. Das ist passiert.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Insofern hat es eine unheilige Allianz des Ministerpräsidenten mit der FDP gegeben. Die vielen Diskussionen, die es ja auch bei Ihnen gegeben hat, haben nicht das aufgegriffen, was viele wollten. Sie haben die goldenen Brücken, die Ihnen die kommunalpolitischen Spitzenverbände gebaut haben, nicht genutzt. Das wäre leicht möglich gewesen. Sie hätten Ihr Gesicht nicht verloren, und Sie hätten außerdem dem Anspruch der Freiheit entsprochen, den Sie doch sonst wie eine Monstranz vor sich hertragen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Stellt es doch den Kommunen frei, ob sie die Schulbezirke so oder anders gestalten wollen. Warum haben Sie das nicht gemacht? Die kommunale Ebene berücksichtigt ja in der Regel auch den Elternwillen, entspricht ihm und baut die Schulen, die gewünscht sind. Da sagen Sie doch sonst: Wir vertrauen auf die Kommunen. Hier widersprechen Sie zentral diesem Kernpunkt Ihrer sonstigen Programmatik.

Deswegen bedauere ich es wirklich, an dieser Stelle feststellen zu müssen: Es war nicht allein die FDP, es war der Ministerpräsident, der dieses Gesetz so wollte. Deswegen sind das Ihre Probleme mit den Grundschulbezirken, es ist Ihr Problem, dass die soziale Spaltung jetzt schon in der Grundschule anfangen wird, es ist Ihr Problem, dass die Durchlässigkeit eingeschränkt wird und durch die Abschottung des Gymnasiums nicht erhöht wird, es ist Ihre Abschaffung der Mitwirkung

der Eltern und Schüler in den Schulkonferenzen. Das alles ist das Ergebnis der Politik des Ministerpräsidenten dieses Landes.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Deswegen lehnen wir dieses Gesetz aus voller Überzeugung ab. Das werden wir in den Abstimmungen heute und morgen auch noch genauer feststellen, wer das Gesetz wie und warum ablehnt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Für die FDP-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Pieper-von Heiden das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser streckenweise verbalen Kraftmeierei der Opposition

(Lachen und Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

ist dies die richtige Minute, ein paar Fakten einmal gerade zu rücken.

Frau Löhrmann – um gleich mit Ihnen anzufangen –, die Freiheit, die wir eröffnen, geben wir in der Tat nicht den Kommunen bei der Schulbezirksgrenzenöffnung, sondern wir lassen die Eltern, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, darüber entscheiden, in welche Schule ihr Kind – im Rahmen freier Kapazitäten – künftig geht. Wenn Sie die Kommunen und die Verbände und all die Leute, die Experten, die wir gehört haben, hier zitieren, dann muss man an dieser Stelle dazu sagen und richtig stellen, dass Sie landauf, landab wochenlang falsche Informationen in die Köpfe dieser Menschen gehaucht haben

(Ute Schäfer [SPD]: So? Welche denn?)

Wir mussten die Sachverhalte gerade rücken. Sie sind mit Fehlinformationen durchs Land gezogen, weil Sie gar nicht so viele echte Kritikpunkte an dem Entwurf unseres neuen Schulgesetzes finden konnten.

(Widerspruch von der SPD – Zuruf von der SPD: Sie haben doch überhaupt nicht zugehört!)

Zu Ihnen, Frau Kraft: Wenn Sie sich hier hinstellen und von Ideologie reden und in diesem Zusammenhang sagen, Sie hätten die vorschulische Sprachförderung auf den Weg gebracht, dann kann ich dazu nur eines sagen. Ich erinnere an die hochnotpeinliche Debatte mit Ihrer früheren

Schulministerin Gabriele Behler im Schulausschuss des Landtags im August 2000. Sowohl Vertreter der FDP als auch der CDU hat sie in die rechte politische Ecke gestellt, als wir gefordert hatten, kein Kind dürfe ohne ausreichende Deutschkenntnisse in die Schule gelangen,

(Beifall von FDP und CDU)

um diesem Kind nämlich eine Chancengerechtigkeit beim Start zu gewähren. Wie soll ein armes Kind, das nicht einmal ein paar Worte Deutsch spricht, am Unterricht aktiv teilnehmen können und somit Erfolg in der Schule haben? Das haben Sie erst lernen müssen, dass man vorschulische Sprachförderung einführen muss. In dieser Beziehung mussten wir Sie zum Jagen tragen. Das war doch die Situation. Da wollen wir einmal die Fakten gerade rücken.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Abgeordnete.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Löhrmann, dass ausgerechnet Sie sich als Meisterin – ich möchte keine Zwischenfragen zulassen, Herr Präsident – der individuellen Förderung hierhin stellen, ist überhaupt ein Obermaß an Peinlichkeit. Ich erinnere an eine Debatte im Landtag Ende der 90er-Jahre. Sehen Sie es mir nach

(Widerspruch von den GRÜNEN)

– Sie persönlich waren nicht dabei –, dass ich das Datum nicht genau im Kopf habe. Aber damals haben sich Vertreterinnen und Vertreter von SPD und Grünen rauf und runter in einer peinlichen Weise zur individuellen Förderung geäußert. Seinerzeit hatte die CDU einen entsprechenden Antrag eingebracht.

(Widerspruch von der SPD)

Ja, ich habe das genau verfolgt. Ich war zu jener Zeit zwar noch nicht Mitglied des Landtages, aber zu dem Zeitpunkt habe ich mich selbst sehr intensiv damit befasst. Eine hochnotpeinliche Geschichte! Die einzige Antwort, die Sie auf den Anspruch auf individuelle Förderung hatten, war, zu sagen, es gibt in diesem Land ja Gesamtschulen. Das ist doch an Peinlichkeit nicht zu überbieten.

(Beifall von der CDU)

Sie kommen mir in dieser Debatte so vor: Wenn Sie sagen, ich möchte die Reifeprüfung, sehen Sie das Ziel am Ende, das Abitur, und nehmen nicht Rücksicht darauf, was auf den Weg dorthin zu tun ist. Sie fahren nach Finnland und stellen fest, dass dort individuell gefördert wird. Haben

Sie gesagt, dass es dort zwei Lehrer in der Klasse gibt? Haben Sie erwähnt, dass es dort Sozialpädagogen gibt? Haben Sie erwähnt, dass jede einzelne Schule über Schulpsychologen verfügt?

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Haben Sie erwähnt, dass dort die Lehrer eine völlig andere Ausbildung genießen? Deshalb arbeiten wir an den Inhalten, an der inhaltlichen Verbesserung von Schule und künftig auch an der inhaltlichen Verbesserung der Lehrerbildung und halten uns überhaupt nicht mit einer Strukturdebatte auf. Sie tun das über Jahre. Seit Jahren haben Sie in diesem Hause nichts anderes produziert als das und schweigend und billigend zugehört, wie sich die schulische Qualität insgesamt weiter verschlechtert hat. Die Pisa-Ergebnisse haben Ihnen das ins Buch geschrieben.

(Beifall von FDP und CDU)

Frau Löhrmann, Sie brauchen sich nicht ratlos umzusehen. Es war im Jahre 1999, wenn Sie nach dem Protokoll suchen. Offensichtlich tun Sie das; Sie waren eben ziemlich aufgeschreckt.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir bringen mit diesem Gesetzentwurf ein Schulgesetz auf den Weg, das die Schwachpunkte dieses Systems auffängt, die Qualität der Schule verbessert, die Elemente von Freiheit hineinbringt, die wir benötigen, und das Überwachen einer Qualität gewährleistet, wie wir sie haben müssen. Wir haben mit diesem Schulgesetz unsere Hausaufgaben gemacht und machen sie weiter. Lenken Sie in dieser Debatte aufgrund Ihrer eigenen Unzulänglichkeiten, die Sie hier vertuschen wollen, nicht von den großen inhaltlichen Reformen ab, die wir mit diesem Schulgesetz auf den Weg bringen!

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper-von Heiden. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung sind und zur Abstimmung kommen können.

Ich lasse erstens über den **Änderungsantrag Drucksache 14/2157** abstimmen. Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich das durch Handzeichen kenntlich zu machen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Ich lasse zweitens abstimmen über den **Änderungsantrag Drucksache 14/2158**. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen! –

(Hannelore Kraft [SPD]: Jetzt müsste Herr Solf aufzeigen!)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Ich lasse drittens abstimmen über die Beschlussempfehlung. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksachen 14/2112 und 14/2149**, den Gesetzentwurf Drucksache 14/1572 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit dieser angenommenen Beschlussempfehlung, meine Damen und Herren, ist dann auch der **Gesetzentwurf Drucksache 14/1572 in der zweiten Lesung angenommen**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 14. Juni 2006 eine dritte Lesung des Gesetzentwurfs beantragt. Nach § 73 unserer Geschäftsordnung findet eine dritte Lesung statt, wenn eine Fraktion oder ein Viertel der Mitglieder des Landtags dies beantragt. Dieser Antrag muss vor Schluss der Beratung der zweiten Lesung schriftlich bei der Präsidentin des Landtags eingereicht sein. Diese Voraussetzungen sind erfüllt. Die **dritte Lesung** des Gesetzentwurfes ist bereits für **morgen** eingeplant. Gibt es dazu irgendwelche Anmerkungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind wir am Schluss der Beratung zum Tagesordnungspunkt 2.

(Unruhe)

– Es ist nicht Schluss des Plenums für heute, sondern lediglich Schluss der Beratung zum Tagesordnungspunkt 2. Es geht nun in der Tagesordnung weiter. Damit dies zügig geschehen kann, bitte ich all diejenigen, die jetzt dringende andere terminliche Verpflichtungen wahrzunehmen haben, das leise zu tun.

Ich rufe auf:

3 Qualitätsfleisch nur durch faire Arbeitsbedingungen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2094

Ich eröffne die Beratung und gebe für die antragstellende Fraktion der Kollegin Schulze das Wort.

(Unruhe)

– Im Übrigen weise ich noch einmal auf den freundlichen Appell von eben hin, dass diejenigen, die noch anderweitige Gespräche und Sonstiges zu erledigen haben, dies bitte leise und gegebenenfalls am Rande des Plenums tun. – Frau Kollegin Schulze, Sie haben das Wort.

Svenja Schulze (SPD): Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier schon mehrfach über den Gammelfleischskandal in Nordrhein-Westfalen gesprochen. Vieles, was hier noch im letzten Jahr für Aufregung gesorgt hat, scheint inzwischen vergessen zu sein. Ich möchte daran erinnern, wie die Presse damals versucht hat, zu beschreiben, was gefunden wurde: stinkend, schleimig, ranzig, säuerlich, mit nicht unerheblichen Geruchsabweichungen. Das waren die Worte, mit denen die Journalisten versucht haben, das zu beschreiben.

Alle Rednerinnen und Redner waren sich auch im letzten Jahr noch relativ einig darin, dass die Verhältnisse bei der Produktion und Weiterverarbeitung von Lebensmitteln kontinuierlich Thema in der Politik sein müssten. Es wurden auf Bundes- und Landesebene Aktionsprogramme angekündigt, und es ist gut, jetzt nach einem Dreivierteljahr einmal zu schauen, was sich getan hat.

Da kann man nur sagen: Um das Thema ist es insgesamt sehr ruhig geworden. Da wird mir auf eine Kleine Anfrage, die ich zum Arbeitsstab Fleischhandel, den das Ministerium eingerichtet hat, gestellt habe, gesagt, dass der Arbeitsstab bisher nur ein Mal getagt habe. Da bekomme ich auf die Frage, wie es mit der illegalen Beschäftigung in der Fleischverarbeitung stehe, die Antwort, dass Harald Schartau diesbezüglich noch sehr aktiv gewesen sei und eine Menge gemacht habe, dass aber seitdem auf Landesebene nicht mehr viel passiert sei.

Da werden von der Bundesebene aus Razzien durchgeführt, aber die Landesregierung äußert sich zu diesem Thema überhaupt nicht. Bei den Razzien kam heraus, dass illegale Arbeiter eingesetzt wurden. Da bekomme